Beschlussübersicht überwiesene Anträge Landesparteirat

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Landesparteirates	
BE 07	ASF Sachsen, Jusos Sachsen „Frauen in die Rektorate!“ Gleichstellung ist Führungsaufgabe – In sächsische Hochschulleitungen gehören Frauen	Bildung und Erziehung	vom Antragsteller zurückgezogen	
WA 03	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Eine stärkere Bindung der GRW-Förderrichtlinie an „gute Arbeit“	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	mit Änderung mehrheitlich angenommen	
WA 04	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Allgemeinverbindlichkeit von Tarifbindung erreichen	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	mehrheitlich angenommen	
WA 05	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Einheitliche Mindestlöhne in Deutschland	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	mehrheitlich abgelehnt	
WA 06	AGS Sachsen Reform der Gewerbesteuer	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	mehrheitlich abgelehnt	
ME 02	SPD-Ortsverein Freiberg Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Sachsen und Polen bzw. Sachsen und der Tschechischen Republik erweitern.	Mobilität und Energie	mit Änderung einstimmig angenommen	

SPD-Landesverband Sachsen 3. Sitzung des Landesparteirates – Wahlperiode 2016 - 2018	27. Oktober 2017 Dresden
--	-----------------------------

Beschlussübersicht überwiesene Anträge Landesparteirat

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Landesparteirates	
------------	---------------------	---------------	-----------------------------	--

ME 07	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Modellstadt Leipzig im ÖPNV	Mobilität und Energie	Überweisung an die Landtagsfraktion	
ME 08	Jusos Sachsen Pödelwitz vor der Braunkohle retten!	Mobilität und Energie	vom Antragsteller zurückgezogen	
GU 01	SPD-Unterbezirk Dresden Bessere finanzielle und personelle Ausstattung und barrierefreie Zugänglichkeit von Beratungsstellen der Suchthilfe	Gesundheit und Umwelt	mit Änderung mehrheitlich angenommen	
GU 02	SPD-Unterbezirk Dresden Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	mit Änderung einstimmig angenommen	
GU 03	SPD-Ortsverein Freiberg Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	erledigt mit Annahme von GU 02	
GU 04	SPD-Ortsverein Dresden-Plauen Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Überweisung an die ASG	
GU 05	SPD-Ortsverein Freiberg Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Überweisung an die ASG	

SPD-Landesverband Sachsen 3. Sitzung des Landesparteirates – Wahlperiode 2016 - 2018	27. Oktober 2017 Dresden
--	-----------------------------

Beschlussübersicht überwiesene Anträge Landesparteirat

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Landesparteirates	
-------------------	----------------------------	----------------------	------------------------------------	--

GU 06	SPD-Ortsverein Leipzig-Südost Biotope schützen - Anpassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes vornehmen	Gesundheit und Umwelt	mehrheitlich angenommen	
SG 01	SPD-Landesvorstand Sachsen WLAN-Hotspots in öffentlichen Gebäuden	Staat und Gesellschaft	einstimmig angenommen	
SG 02	Jusos Sachsen Mehr Transparenz für Sachsen	Staat und Gesellschaft	mehrheitlich angenommen	
SG 03	SPD-Ortsverein Olbernhau Keine Abschiebungen nach Afghanistan	Staat und Gesellschaft	mit Änderung mehrheitlich angenommen	
SG 04	ASF Sachsen, Jusos Sachsen Reproduktive Menschenrechte stärken: Selbstbestimmung - ob schwanger oder nicht	Staat und Gesellschaft	vom Antragsteller zurückgezogen	
SG 05	Jusos Sachsen Nachbesserung des Gesetzes zur Neuregelung des Bundesarchivrechts	Staat und Gesellschaft	vom Antragsteller zurückgezogen	
SG 06	Jusos Sachsen Cyber Cyber	Staat und Gesellschaft	Überweisung an die Projektgruppe Digitales	
SG 07	SPD-Ortsverein Meißen Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen	Staat und Gesellschaft	Erledigt durch mehrfache Beschlusslagen	

SPD-Landesverband Sachsen 3. Sitzung des Landesparteirates – Wahlperiode 2016 - 2018	27. Oktober 2017 Dresden
--	-----------------------------

Beschlussübersicht überwiesene Anträge Landesparteirat				
---	--	--	--	--

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Landesparteirates	
-------------------	----------------------------	----------------------	------------------------------------	--

PO 01	SPD-Ortsverein Olbernhau Delegierte Bundesparteitag	Parteiorganisation	vom Antragsteller zurückgezogen	
PO 02	ASF Sachsen, Jusos Sachsen Reißverschluss konsequent durchziehen bei den Listenaufstellungen für Landtags- und Bundestagswahlen	Parteiorganisation	vom Antragsteller zurückgezogen	
PO 03	SPD-Unterbezirk Vogtland Für einen handlungsfähigen Landesvorstand	Parteiorganisation	vom Antragsteller zurückgezogen	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht				
Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	

I01	SPD-Landesvorstand Sachsen Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl	Initiativanträge	mit Änderungen einstimmig angenommen	
I02	Jusos Sachsen Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl 2.0	Initiativanträge	Überweisung an den Landesvorstand	
I05	SPD-Ortsverein Leipzig Südwest Klare Kante zeigen: Den Wechsel in der Staatskanzlei für Neustart nutzen	Initiativanträge	Erledigt mit Annahme I01	
L 01	SPD-Landesvorstand Sachsen Mehr Respekt in Sachsen. Chancengleichheit für alle.	Leitanträge	mit Änderungen mehrheitlich angenommen	
BE 01	SPD-Unterbezirk Meißen Gemeinschaftskunde ab Klasse 7	Bildung und Erziehung	Vom Antragsteller zurückgezogen	
BE 02	AfB Sachsen Gute Schule braucht mehr Lehrerstellen, eine klügere Lehramtsausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen	Bildung und Erziehung	mehrheitlich angenommen	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	
-------------------	----------------------------	----------------------	------------------------------	--

BE 03	UB Chemnitz Stärkung der Lehrerausbildung an der TU Chemnitz – Sicherung der guten Lehrerversorgung in Chemnitz und den Landkreisen Erzgebirge, Mittelsachsen, Zwickau und Vogtland	Bildung und Erziehung	mit Änderung mehrheitlich angenommen	
BE 04	Jusos Sachsen Rettet die Bildung – bildet die Rettung	Bildung und Erziehung	erledigt durch Annahme von BE 02	
BE 05	Jusos Sachsen Gemeinsam länger lernen	Bildung und Erziehung	mehrheitlich angenommen	
BE 06	Jusos Sachsen Regelung zur ausschließlichen Verwendung von ökologischen Erzeugnissen in der Schulverpflegung an Schulen des Freistaats Sachsen	Bildung und Erziehung	mit Änderungen mehrheitlich angenommen	
BE 07	ASF Sachsen, Jusos Sachsen „Frauen in die Rektorate!“ Gleichstellung ist Führungsaufgabe – In sächsische Hochschulleitungen gehören Frauen	Bildung und Erziehung	Weiterleitung an den Landesparteirat	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht				
Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	

I04	SPD-KV Görlitz Erhalt des SIEMENS-Standortes und Sicherung von ca. 1.000 Arbeitsplätzen in Görlitz	Initiativanträge	einstimmig angenommen	
WA 01	SPD-Landesvorstand Sachsen Forschung und Entwicklung zu und für die Digitalisierung – Mit HUBs und Kompetenzzentren Innovationen und Innovatoren voranbringen	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	einstimmig angenommen	
WA 02	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Wiederauflage eines regionalen Wachstumsprogramms	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	Überweisung an den Landesvorstand	
WA 03	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Eine stärkere Bindung der GRW-Förderrichtlinie an „gute Arbeit“	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	Weiterleitung an den Landesparteirat	
WA 04	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Allgemeinverbindlichkeit von Tarifbindung erreichen	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	Weiterleitung an den Landesparteirat	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	
-------------------	----------------------------	----------------------	------------------------------	--

WA 05	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Einheitliche Mindestlöhne in Deutschland	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	Weiterleitung an den Landesparteirat	
WA 06	AGS Sachsen Reform der Gewerbesteuer	Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	Weiterleitung an den Landesparteirat	
ME 01	AGS Sachsen Intelligent, vernetzt und innovativ: Elektromobilität in Sachsen fördern	Mobilität und Energie	einstimmig angenommen	
ME 02	SPD-Ortsverein Freiberg Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Sachsen und Polen bzw. Sachsen und der Tschechischen Republik erweitern.	Mobilität und Energie	Weiterleitung an den Landesparteirat	
ME 03	Arbeitskreis Energie Sachsen Klima- und Energiepolitik muss ein zentrales Handlungsfeld für die sächsische SPD und die sächsische Landespolitik werden!	Mobilität und Energie	einstimmig angenommen	
ME 04	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest ÖPNV und Regionalverkehr attraktiver machen	Mobilität und Energie	einstimmig angenommen	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht				
Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	

ME 05	Jusos Sachsen Das Bildungsticket muss kommen – der ÖPNV-Flickenteppich kann verschwinden	Mobilität und Energie	mit Änderung einstimmig angenommen	
ME 06	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Eine bessere Radverkehrsinfrastruktur für Sachsen	Mobilität und Energie	mehrheitlich angenommen	
ME 07	SPD-Ortsvereine Leipzig-Nord, Leipzig-Südost und Leipzig-Südwest Modellstadt Leipzig im ÖPNV	Mobilität und Energie	Weiterleitung an den Landesparteirat	
ME 08	Jusos Sachsen Pödelwitz vor der Braunkohle retten!	Mobilität und Energie	Weiterleitung an den Landesparteirat	
GU 01	SPD-Unterbezirk Dresden Bessere finanzielle und personelle Ausstattung und barrierefreie Zugänglichkeit von Beratungsstellen der Suchthilfe	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat	
GU 02	SPD-Unterbezirk Dresden Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat	
GU 03	SPD-Ortsverein Freiberg Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat <i>erledigt mit Annahme von GU 02</i>	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht				
Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitages	

GU 04	SPD-Ortsverein Dresden-Plauen Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat	
GU 05	SPD-Ortsverein Freiberg Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat erledigt <i>(mit Annahme von GU 04)</i>	
GU 06	SPD-Ortsverein Leipzig-Südost Biotope schützen - Anpassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes vornehmen	Gesundheit und Umwelt	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 01	SPD-Landesvorstand Sachsen WLAN-Hotspots in öffentlichen Gebäuden	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 02	Jusos Sachsen Mehr Transparenz für Sachsen	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 03	SPD-Ortsverein Olbernhau Keine Abschiebungen nach Afghanistan	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 04	ASF Sachsen, Jusos Sachsen Reproduktive Menschenrechte stärken: Selbstbestimmung - ob schwanger oder nicht	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Beschlussübersicht				
Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich	Votum des Parteitag	

SG 05	Jusos Sachsen Nachbesserung des Gesetzes zur Neuregelung des Bundesarchivrechts	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 06	Jusos Sachsen Cyber Cyber	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat	
SG 07	SPD-Ortsverein Meißen Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen	Staat und Gesellschaft	Weiterleitung an den Landesparteirat - <i>Erledigt durch mehrfache Beschlusslagen</i>	
PO 01	SPD-Ortsverein Olbernhau Delegierte Bundesparteitag	Parteiorganisation	Weiterleitung an den Landesparteirat	
PO 02	ASF Sachsen, Jusos Sachsen Reißverschluss konsequent durchziehen bei den Listenaufstellungen für Landtags- und Bundestagswahlen	Parteiorganisation	Weiterleitung an den Landesparteirat	
PO 03	SPD-Unterbezirk Vogtland Für einen handlungsfähigen Landesvorstand	Parteiorganisation	Weiterleitung an den Landesparteirat <i>Nichtbefassung, da in der vorliegenden Form nicht mit der Satzung vereinbar</i>	

SPD-Landesverband Sachsen
außerordentlicher Landesparteitag 2017

21. Oktober 2017
Neukieritzsch

Leitantrag

Antrag: L 01

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags: mit Änderungen einstimmig angenommen

Thema: Mehr Respekt in Sachsen. Chancengleichheit für alle.

Wir brauchen mehr Anerkennung und mehr Respekt für alle Sächsinen und Sachsen. Die Mehrheit im Land gibt an, mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden zu sein. Trotzdem spüren sehr viele bestehende Ungerechtigkeiten. Viele machen sich Sorgen um die Zukunft. Zu viele arbeiten weiterhin prekär und für niedrigen Lohn. Sie empfinden zu wenig Anerkennung für ihre Leistung. Sie machen sich Sorgen, dass ihre Rente nicht zum Leben reichen oder ihr Lebensstandard erheblich sinken wird.

Mangelnde Anerkennung hat nicht allein mit dem Einkommen zu tun. Die Kürzungen öffentlicher Leistungen in den letzten Jahren haben das Vertrauen vieler in Sachsen beschädigt. Altenpflegerinnen und Altenpfleger werden zu schlecht bezahlt, ihnen fehlen vor allem Kollegen oder Kolleginnen, damit ihre Arbeit vernünftig getan werden kann und die Menschen die Pflege bekommen, die sie benötigen. Polizistinnen und Polizisten müssen aufgrund des Personalabbaus vor Alltagskriminalität wie Fahrraddiebstählen kapitulieren. Lehrerinnen und Lehrer bekommen immer mehr Aufgaben, aber keinen zeitlichen Ausgleich dafür. Manche Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger bekommen aufgrund des Fachkräftebedarfs mehr Geld als jemand, der lange im Betrieb gearbeitet hat. **Viele haben das Gefühl, dass ihre Lebensleistungen nicht anerkannt werden. Dass sie im Vergleich schlechter gestellt sind als andere. Es geht um Würde und Respekt.**

Solche Ungerechtigkeiten sind in Sachsen zunehmend unterschiedlich verteilt. Und leider nimmt die Ungleichheit in Sachsen weiter zu: zwischen Städten und Dörfern sowie zwischen armen und reichen Stadtteilen in den Großstädten. Soll es aber gerecht zugehen in Sachsen, dann müssen die Menschen erfahren, dass Leistung mehr zählt als Herkunft. Sie müssen darauf vertrauen können, dass die Perspektive ihrer Kinder nicht vom Portemonnaie, den „Beziehungen“ ihrer Eltern, dem Wohnort oder ihrem Geschlecht abhängt. **Wir brauchen eine Politik für mehr Chancengleichheit in unserem Land.**

Eine solche Politik bedeutet nicht, dass alle „aufsteigen“ müssen. Zu oft bleiben bei allen Diskussionen über gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg diejenigen unberücksichtigt, die die Leiter gar nicht hinaufsteigen wollen. Manche sind zufrieden mit dem, wer sie sind und was sie haben. Gesundheit, Familie und Partnerschaft sind vielen wichtiger als die Karriereleiter. Viele wollen in ihrem Leben gar nicht viel ändern. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Anerkennung nicht davon abhängt, ob jemand beruflich aufsteigen will. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das jede Art von Engagement würdigt und verhindert, dass diejenigen die mit ihrer Situation zufrieden sind, fürchten müssen, materiell oder kulturell abzustürzen. Mehr Chancengleichheit heißt: **Wir brauchen jede und jeden und lassen niemanden zurück. Jeder und jede soll die Chance haben, aus dem eigenen Leben etwas zu machen.**

Leitantrag

Wir stehen erneut vor einer Zeitenwende.

Der demografische Wandel in Unternehmen und Einrichtungen und der damit verbundene Fachkräftebedarf bis 2030 werden zum Stresstest für Sachsen. Laut Prognosen gehen bis 2030 ungefähr 600.000 Arbeitskräfte in Rente, aber nur 300.000 junge Menschen werden dem Arbeitsmarkt neu zur Verfügung stehen. Davon sind alle Bereiche des staatlichen Handelns betroffen: Bildung und Verwaltung, Polizei und Justiz. Nicht minder hart wird es große und vor allem kleine Unternehmen und Handwerkerinnen und Handwerker treffen. Der ländliche Raum wird stärker betroffen sein als die großen Städte. Gute Fachkräfte auszubilden und in Sachsen zu halten, ist eine zentrale Zukunftsfrage für Sachsen.

Die Aufbaugeneration Ost aus der Zeit nach 1990 geht in Rente – sowohl die Unternehmerinnen und Unternehmer als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele aus dieser Generation haben während ihres Arbeitslebens keine höheren Löhne und Rechte eingefordert. Sie haben Überstunden gemacht oder in Teilzeit gearbeitet, um ihren Job und das eigene Unternehmen vor Ort nicht zu gefährden. Viele dieser fleißigen Menschen sehen sich mit der Perspektive Altersarmut konfrontiert. **Heute hat sich die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewandelt.** Sie werden zurecht zunehmend selbstbewusster: Die Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Stand seit 1990. Der absehbare Fachkräftebedarf hat für Unternehmen und Verwaltungen bereits Auswirkungen. Junge Arbeitskräfte oder auch Rückkehrwillige aus dem Westen wissen, was ihre Arbeit Wert ist und fordern selbstbewusst mehr ein als ihre Vorgängerinnen und Vorgänger. Dennoch verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch Auszubildende **in Ost und West bisweilen sehr unterschiedlich viel Geld.**

Die Digitalisierung verändert grundlegend unsere Wirtschaft, unser Leben und die Art und Weise, wie wir arbeiten. Sie stellt uns vor viele Herausforderungen, aber auch vor viele Chancen für das Land und für die Menschen. Und sie führt zu völlig neuen Anforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn wir es richtig anpacken, hilft die Digitalisierung, neue, gut bezahlte und humane Arbeitsplätze zu schaffen und uns neue Wege für bessere Bildung zu eröffnen. Voraussetzung dafür, insbesondere für den ländlichen Raum, ist ein flächendeckendes Breitbandnetz. Technologischer Wandel bedeutet aber auch das Risiko, arbeitslos oder wirtschaftlich abgehängt zu werden. Das müssen wir verhindern.

Schließlich müssen mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit endlich die negativen Folgen und Versäumnisse der Nachwendezeit überwunden werden. Wenn Eltern oder Großeltern in den massiven Umbrüchen dieser Zeit aus Unglück, Pech oder Zufall ihren Job und einige auch ihre Lebensenergie verloren haben, dann müssen wir ihnen nicht nur helfen und ihrem Lebenslauf die Würdigung verschaffen, den er verdient. Wir müssen auch darauf achten, dass sich die tiefe Frustration, die einige Menschen seitdem in sich tragen, nicht auf ihre Kinder überträgt. Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen.

Leitantrag

1. Politik für gute Löhne, Mitbestimmung und sichere Arbeitsplätze

Wir brauchen ein neues Denken und Handeln über Arbeit in Sachsen.

Für viele Menschen in Sachsen bedeuten ein sicherer Job und ein Einkommen, mit dem man über die Runden kommt oder sich einen bescheidenen Wohlstand für die Familie leisten kann, soziale Sicherheit. Arbeitsbedingungen zu verbessern, zum Beispiel im Hinblick auf Vereinbarkeit mit Familienleben und mit ehrenamtlichem Engagement, **gute Arbeit zu sichern und neue, tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen, sind zentrale Ziele der Politik der SPD in Sachsen.** Die SPD Sachsen steht für gute Löhne, Mitbestimmung, Betriebsräte, Gewerkschaften und Sozialpartnerschaften.

Bis vor kurzem hat die sächsische CDU Front gegen Tarifverträge und Stimmung für Billiglöhne gemacht. Seit die SPD in der Koalition mitregiert, ist die Zeit der staatlichen Niedriglohnstrategie beendet. Auch viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erkennen heute an, dass eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertretungen auf Augenhöhe dabei hilft, das Unternehmen zu sichern und Innovationen zu fördern. Die Unternehmen, Kommunen und Handwerksbetriebe, die das erkannt haben, kümmern sich darum, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufrieden sind und wertschätzen sie deutlicher als früher – weil sie wissen, dass davon auch ihre Zukunft abhängt. Bei manchen Unternehmen und Unternehmensverbänden besteht hier aber auch noch Nachholbedarf. Wer wirtschaftlich langfristig überleben will, **muss seinen Angestellten viel Wertschätzung ihrer Arbeit entgegenbringen und fair beteiligen. Davon gilt es sie zu überzeugen.**

Wir befördern eine gesellschaftliche Debatte darüber, dass mehr Tarifverträge unserem Land nützen und nicht schaden. **Wir wollen flächendeckend Tarifverträge mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen in Sachsen. Denn in Sachsen wird immer noch zu schlecht bezahlt im Vergleich zu den westlichen Bundesländern.**

Deshalb stärken wir die Tarifpartner. Dazu gehört eine starke Sozialpartnerschaft, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die sich dieser Verantwortung bewusst sind. Sie organisieren den notwendigen Interessenausgleich. **Für ihre Anliegen sollen den Gewerkschaften an Oberschulen, Gymnasien, Berufsbildungseinrichtungen und Hochschulen informieren können.** Um Tariflöhne zu stärken, haben wir in einem ersten Schritt **die Investitionsförderung** so angepasst, dass Betriebe mit Tarifbindung einen Bonus erhalten. Wir wollen ein **modernes Vergabegesetz** für Sachsen. Wir wollen darin die Tarifgebundenheit und soziale sowie ökologische Mindeststandards verankern. Wer einen aus Steuermitteln finanzierten Auftrag bekommt, soll einen tarifgemäßen Lohn anbieten. Der Staat darf nicht als Lohndrücker auftreten. Bei der Vergabe von Aufträgen ist auf die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Beeinträchtigungen gemäß SGB IX zu achten. Auch mit dem neuen sächsischen Gleichstellungsgesetz werden wir bessere Arbeitsbedingungen, Vereinbarkeit und Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie dem wirksamen Schutz vor Diskriminierung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst voranbringen.

Wenn betriebliche Interessensvertreter eher als Feind denn als Unterstützer behandelt werden, werden wir gesetzgeberisch tätig. **Die systematische Behinderung von Wahlen der betrieblichen Interessensvertretungen und deren Arbeit ist eine Straftat und demokratiefeindlich. Sie muss als Offizialdelikt konsequent verfolgt werden.** Durch

Leitantrag

die Bildung von entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften wird die Wirksamkeit der Strafverfolgung erhöht – auch für sonstige Verstöße gegen das Arbeitsrecht. **Hier wollen wir eine Bundesratsinitiative aus Sachsen starten.**

Als besonderen Schwerpunkt werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass die sozialen Berufe aufgewertet und die Beschäftigten dieses Sektors besser bezahlt werden: In vielen Bereichen der Sozialwirtschaft werden Fachkräfte händeringend gesucht, wie beispielsweise in der Pflege und in Kitas. Zwar wird in Sachsen über Bedarf ausgebildet, allerdings wandern viele Pflegekräfte in westdeutsche Bundesländer ab. Eine Ursache sind niedrigere Löhne, die in Sachsen in der Pflege gezahlt werden. Wir setzen uns deshalb nicht nur auf Bundesebene für eine Angleichung der Löhne an das Westniveau ein, sondern starten darüber hinaus eine **Landesinitiative „Gute Arbeit im Sozialbereich“**. Wir machen uns stark für einen Tarifvertrag Sozialwesen mit langfristigen Perspektiven und einer adäquaten Bezahlung für die Beschäftigten. Zudem werden wir dafür Sorge tragen, dass sich **bei staatlicher Förderung die bereitgestellten Mittel am Tariflohn orientieren**. Die Sozialwirtschaft in Sachsen beschäftigt weit über 100.000 Menschen. Da die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ein wichtiger Partner zum Erhalt der sozialen Gerechtigkeit sind, muss deren **Finanzierung durch die Spitzenverbandsförderung der Freien Wohlfahrtspflege dauerhaft sichergestellt und gesetzlich verankert werden**.

Der Staat als Arbeitgeber

Der öffentliche Dienst muss wieder Vorreiter für „Gute Arbeit“ werden – schon allein deshalb, weil er sonst in Zukunft nicht mehr genügend gute Bewerberinnen und Bewerber bekommen wird. Zugleich kann es nicht sein, dass mit Steuermitteln prekäre Jobs geschaffen werden. Um Menschen zu binden, müssen wir ihnen eine verlässliche Perspektive im Job geben. Dies gilt auch beim Berufseinstieg in den öffentlichen Dienst. Befristungen ohne Sachgrund, Zwangsteilzeit und die Beschäftigung von Zeitarbeit sowie Beschäftigungsverhältnisse ohne tarifvertragliche Bindung des öffentlichen Dienstes (TVÖD, TV-L) müssen bei öffentlichen Arbeitgebern, wozu auch Mehrheitsbeteiligungen gehören, endlich der Vergangenheit angehören.

Die Novellierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes zu einem zeitgemäßen und praktikablen Gesetz war ein erster Schritt und hat Verbesserungen und erweiterte Mitbestimmungsrechte gebracht. Auch die Hochschulen als oftmals größte Arbeitgeber vor Ort haben eine Verantwortung als öffentliche Arbeitgeber. Gut ausgebildete junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Wissenschaft zum Beruf machen wollen, sollen eine Perspektive auf einen dauerhaften Arbeitsplatz an der Hochschule oder einer Wissenschaftseinrichtung haben. Neben der Professur muss es auch unbefristete Stellen im Mittelbau geben. Zudem bedarf es verlässlicher Regeln für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Promotionsphase und in Drittmittelprojekten. Mit dem „Kodex für gute Arbeit an Hochschulen“ haben wir den ersten Baustein gelegt. Wir werden die verbindliche Umsetzung an allen Hochschulen begleiten und dort wo notwendig nachsteuern, so auch durch eine Erneuerung des Hochschulgesetzes.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer sind sowohl im Hochschulbereich als auch allgemein im Öffentlichen Dienst trotz Gleichstellungsplänen und Gleichstellungsbeauftragten noch immer keine Selbstläufer.

Leitantrag

Wir stehen zu einer konsequenten Frauenförderung durch Quoten, mehr Transparenz und Mitbestimmung und gezielten Fördermaßnahmen der Personalentwicklung, zum Beispiel Mentoring Programme und Weiterbildungen für weiblichen Nachwuchs. Erfolgreiche Gleichstellung und Frauen in Führungspositionen sollte ein relevantes Kriterium der Stellenbesetzung sein. Das Ziel bleibt die Parität.

2. Mehr Chancengleichheit an den Schulen

Bildung ist ein zentrales Instrument für mehr Chancengleichheit. Wir haben das sächsische Bildungssystem durchlässiger gemacht. **An den Oberschulen muss nicht mehr zwingend zwischen dem Hauptschul- und Realschulbildungsgang differenziert werden.** Wir haben das Elternrecht bei der **Bildungsempfehlung** gestärkt. Das Halbjahreszeugnis in der vierten Klasse entscheidet nicht mehr allein über die schulische Zukunft eines Kindes, also darüber, ob es die Oberschule oder das Gymnasium besucht. Auch den Übergang von der Oberschule ans Gymnasium in den folgenden Schuljahren haben wir geebnet. So ist ein Wechsel nach jedem Schuljahr möglich, jedoch müssen dafür an den Oberschulen die Voraussetzungen, wie der Unterricht in einer zweiten Fremdsprache, geschaffen werden. **Oberschulen können nunmehr ergänzende Inhalte** zur Erleichterung des Übergangs an ein Gymnasium **anbieten.**

Wir haben die Oberschule mit dem neuen Schulgesetz und dem Lehrer-Paket in den Fokus gerückt. Seit diesem Jahr werden Lehrkräfte an Oberschulen von Beginn ihrer Tätigkeit an in dieselbe Entgeltgruppe wie am Gymnasium eingruppiert – künftig soll das auch für Grundschullehrerinnen und -lehrer gelten. Deshalb machen wir uns für einen **sächsischen Lebertarifvertrag** stark und unterstützen Gewerkschaften und Lehrerverbände bei ihrer Forderung nach einem **besseren Lohn für Grundschullehrkräfte.** Zusätzlich muss auch die Vergütung langjährig tätiger Seiteneinsteiger erhöht werden, die seit Jahrzehnten trotz gleicher Tätigkeit mehrere Gehaltsstufen unterhalb ihrer Lehrerkollegen stehen.

Wir halten an dem Ziel einer Gemeinschaftsschule als Schule längeren gemeinsamen Lernens fest. Wir haben uns dabei schon immer dafür eingesetzt, **den Schulen die Möglichkeit längeren gemeinsamen Lernens zu eröffnen, ohne sie dazu zu verpflichten.** Diesen Weg des „optionalen Modells“, wie es inzwischen eine Reihe von Bundesländern kennt, werden wir weiterverfolgen. Das kann zum sächsischen Schulfrieden beitragen. 75 Prozent der Bevölkerung wollen eine Volksabstimmung zu diesem Thema. Wir werden deshalb einen Volksantrag zum "optionalen Modell" der Gemeinschaftsschule aktiv unterstützen. Dabei denken wir auch und vor allem an den ländlichen Raum: **Durch den Ausbau zu inklusiven Ganztagschulen, mit der Integration von Horten in die Schulen, durch jahrgangsübergreifenden Unterricht und längeres gemeinsames Lernen können auch bei einem Bevölkerungsrückgang Schulen erhalten und sogar neue Schulen eröffnet werden.**

In der Schule werden die Weichen für den späteren Lebensweg gestellt – oft aber leider auch verstellt. Wir brauchen Schulen, die Diskriminierung und Vorurteilen vorbeugen. Deshalb sollten Unterricht und Engagement an Schulen geschlechtergerecht und antirasistischer geprägt sein. Demokratisches, soziales und ökologisches Engagement wollen wir anregen und fördern. Dazu gehört auch, dass zukünftig mehr Europa sowie die Chancen

Leitantrag

und Möglichkeiten, die die Europäische Union bietet, mehr Raum im Unterricht einnehmen. Nur wenn wir es schaffen, bereits in den Schulen für die Europäische Idee zu begeistern, können wir dem Voranschreiten europaskeptischer Tendenzen und nationaler Egoismen entgegenzutreten. Das heißt auch, dass Lehrkräfte nach ihrer Ausbildung dazu fähig sein sollten, ihre eigenen Stereotype und Zuschreibungen kritisch zu hinterfragen und die Schülerinnen und Schüler dazu anzuleiten. Chancengleichheit an Schulen bedeutet auch, dass Entscheidungen demokratisch und unter Beteiligung möglichst aller getroffen werden und dass Schülerinnen und Schüler mehr Mitspracherecht erhalten. Eine demokratische Schulkultur mit z.B. Klassenleiterstunden, Peer-Education und einer gemeinschaftlichen Gestaltung des Unterrichts und Schulalltags, trägt dazu bei. Demokratische und politische Bildung und das Erlernen von sozialen Kompetenzen wirken von der Schule in die Gesellschaft hinein und müssen in Sachsen viel stärker gefördert werden.

Maßnahmen besser zusammenführen

Voraussetzung für eine gezielte Politik der Chancengleichheit sind Daten zu Schulnetz, sozialen Verhältnissen und Jugendhilfe. **Wir brauchen eine verbindliche „integrierte Sozialraumplanung“**. In dieser werden Bildungs- und Sozialraumdaten zusammengeführt, um bspw. die Wirkungen von sozialer Spaltung, dem Status der Eltern und der lokalen Infrastruktur aufzuzeigen.

Wir müssen überall die **Zusammenarbeit von Beratungsstrukturen, Jugendhilfe und Bildungsinstitutionen sowie ehrenamtlichen Unterstützungsstrukturen stärken und ermöglichen**. Die Zusammenarbeit dieser sogenannten „**Rechtskreise**“ ist bislang nur eingeschränkt möglich. **Hürden beim Datenaustausch wollen wir abbauen**, damit verschiedene Institutionen einfacher miteinander kommunizieren und so Kindern und Jugendlichen besser helfen können.

Unterstützungsstrukturen benötigen Vertrauen und einen langen Atem. Weil die meisten Strukturen aus kurzfristigen Projekten bestehen, deren Finanzierung nach kurzer Zeit wieder in Frage gestellt wird, kann kein Vertrauen wachsen. Daher werden wir auch die **Schulsozialarbeit langfristig sichern**, um vor Ort unbefristete Stellen zu schaffen. Wir brauchen dauerhafte, auskömmliche Strukturen.

Neue Bildungsoffensive Sachsen

Vieles vom **Erbe von Tillichs Personalstreichungskonzept von 2011** haben wir repariert. Aber seine fatalen Folgen für die Lehrerversorgung in Sachsen wirken sich auch negativ auf die Chancengleichheit in Sachsen aus. Es ist richtig, dass wir dafür sorgen müssen, dass überhaupt genug Lehrerinnen und Lehrer vor den Klassen stehen. Gleichzeitig brauchen wir aber **eine neue Bildungsoffensive in Sachsen**: Wir wollen einen umfassenden **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** – nicht nur in der Krippe oder im Kindergarten, sondern auch in der Grundschule.

Wir wollen prüfen, ob dauerhaft das Nebeneinander von Ganztagsangeboten in den Grundschulen und Schulhorten organisatorisch und pädagogisch sinnvoll ist. **Wir wollen ein Konzept entwickeln, den Hort in die Grundschule zu integrieren**. Damit könnten auch Grundschulen, die das wollen, zu tatsächlichen Ganztagsgrundschulen entwickelt werden. Die Forderung der Bundes-SPD nach einem Rechtsanspruch auf Ganztags in der

Leitantrag

Grundschulzeit unterstützen wir. **Wie ein sächsisches Modell einer inklusiven Ganztagschule aussehen kann, werden wir am Runden Tisch „Ganztagschule“ besprechen.** Dabei soll die bislang getrennte Schulträgerschaft auf den Prüfstand gestellt werden.

Über diesen übergreifenden Rahmen hinaus müssen wir eine Reihe einzelner Maßnahmen in den Blick nehmen:

Wir haben ein Landesprogramm **Schulsozialarbeit** für alle Schularten auf den Weg gebracht, an jeder Oberschule in öffentlicher Trägerschaft wird es einen Schulsozialarbeiter geben. Zur Berufsorientierung an Oberschulen finanziert der Freistaat einen **Praxisberater**, wenn die ESF-Förderung ausläuft.

Im Kontext der Debatte um die getrennte Schulträgerschaft wollen wir auch **die verschiedenen Finanzierungs- und Rechtskreise** für Lehrerinnen und Lehrer, Praxisberater, Schulsozialarbeiter, Inklusionsassistenten, Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter, Erzieherinnen und Erzieher und andere aufgreifen. **Uns muss es gelingen, dass verschiedene Professionen in einem Team an der Schule gemeinsam arbeiten und für das Kind als kontinuierliche Bezugspersonen zur Verfügung stehen.** Dafür brauchen wir auch einen kulturellen Wandel an den Schulen. Jeder im Team muss „Talentscout“ sein, um Potenziale zu entdecken und zu fördern oder Schülern mit Problemen gemeinsam mit anderen zu helfen. Deshalb ist es auch geboten, die **Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern in den Blick zu nehmen.** Wir haben bewusst den Bildungs- und Erziehungsauftrag breit im Schulgesetz ausformuliert.

Davon ausgehend muss die Lehrerbildung modernisiert werden. Dies soll mit einem **Lehrerbildungsgesetz** geschehen. Die Schulleitungen müssen die pädagogische Leitung, Planung und Koordination an den Schulen für diese neuen Aufgaben und die neuen Teams übernehmen. Dazu müssen sie von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Sie brauchen Qualifizierung. Und um die eigenverantwortliche Schule gestalten zu können, erhalten die Schulen ein Sachkostenbudget, um Strukturen der Chancengleichheit zu unterstützen.

Wir wollen die Vorteile lokaler Netzwerke in der direkten Umgebung der Einrichtungen besser nutzen: Neben den Hilfen zur Erziehung eröffnen außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit einen frühen Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem familiären Umfeld.

Wir müssen Schulen nicht mehr wie im Jahre 1960 bauen. „Ein Raum zu viel“ ist kein Skandal beim Rechnungshof, sondern eine Chance für Lehrerinnen, Sozialarbeiter und Kinder in den Einrichtungen. Nicht umsonst gilt der Raum als „Dritter Pädagoge“. Wir müssen Schulhausbau neu denken.

3. Chancengleichheit für alle Jugendlichen

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig.

Ein Facharbeiter- und ein Hochschulabschluss verdienen gleichen Respekt und die gleiche Anerkennung.

Bisher schaffen es Kinder aus einkommensschwachen Familien seltener ein Gymnasium und später eine Hochschule zu besuchen als Kinder aus einkommensstarken Familien.

Leitantrag

Wir wollen deshalb jedem alle Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg, wie z.B. Nachholung von Bildungsabschlüssen, Meisterprüfungen etc. unabhängig von seinem Geldbeutel zugänglich machen. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erneuern damit unser Aufstiegsversprechen.** Jugendliche sollten nicht unter ihren Möglichkeiten oder gar ohne Schul- und Ausbildungsabschluss bleiben. **Talent und Leistungsbereitschaft müssen über einen Aufstieg entscheiden, nicht die soziale Herkunft oder der Geldbeutel.**

Für die Sozialdemokratie ist klar, dass das **Bafög** das wichtigste Instrument für mehr Chancengleichheit in der Bildung ist. Es muss sich zukünftig aber mehr **an der Lebenswirklichkeit junger Menschen orientieren und flexibler werden.** Ein später Studienbeginn oder das Teilzeitstudium dürfen keine Ausschlusskriterien beim Bafög mehr sein. Das **Schüler-Bafög für die allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen muss ausgebaut werden.** Letztendlich wollen wir die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach ‚Bafög Plus‘ stellen. Dazu gehört auch, die Fördersätze regelmäßig zu prüfen und je nach Bedarf zu erhöhen.

Berufliche und akademische Bildung wollen wir zudem noch durchlässiger gestalten. Dabei kann beides durch das kooperative bzw. das duale Studium, bei dem sich ähnlich wie bei der dualen Ausbildung Praxis und Theorie abwechseln, stärker verzahnt werden. Künftig soll eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung als Zugangsvoraussetzung für ein Hochschulstudium im entsprechenden Berufsfeld stärker anerkannt werden. Bestehende Hürden für beruflich Qualifizierte beim Hochschulzugang wollen wir weiter abbauen und den Zugang für Master-Studiengänge öffnen. Aber auch die Angebote der höheren Berufsbildung sollen ausgebaut werden, um auf beiden Bildungswegen regulär einen Masterabschluss erreichen zu können.

Lehrerinnen und Lehrer müssen sensibler dafür sein, dass sie nicht aufgrund feiner kultureller Unterschiede eher Mittelschichtskinder als Kinder aus ökonomisch schwachen Verhältnissen fördern. **Dies muss Thema in der Ausbildung künftig Lehrender werden.**

Studium und Ausbildung sind gleich viel wert: Deswegen darf es auch in der Ausbildung keine Gebühren geben. Ähnlich wie in der Pflegeausbildung muss das auch für zukünftige Erzieher oder Physiotherapeutinnen gelten. Wir lassen uns vom Grundsatz leiten, dass es Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Master oder Meisterbrief geben soll.

Wir verfolgen das Ziel: kein Abschluss ohne Anschluss. Wir setzen uns deshalb für eine **Ausbildungsgarantie** ein. Als zentrales Instrument wollen wir dafür **Jugendberufsagenturen** einrichten. Dazu sind erste Schritte getan. Kein Jugendlicher soll verloren gehen, sondern sich mit einem direkten Einstieg in Ausbildung oder Studium seine berufliche Zukunft sichern. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um eine möglichst intensive Zusammenarbeit von Jobcenter, Agentur für Arbeit, Schule und Jugendhilfe zu erreichen. Wenn jemand die Ausbildung abbricht, soll ihm oder ihr sofort Unterstützung vermittelt werden können.

Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung in Sachsen. Hier lernen die Fachkräfte von morgen, die wir so dringend brauchen. Deshalb müssen **wir ein stabiles Berufsschulnetz auf den Weg bringen.** Ziel ist es, dass sich Betrieb und Berufsschule in einer Region befinden, um die jungen Leute vor Ort zu halten. Unsere

Leitantrag

Berufsschulen werden **wir auch auf das digitale Zeitalter vorbereiten und hier investieren**. Um genügend Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer zu gewinnen, sollen Kooperationsprojekte zwischen Fachhochschulen in der jeweiligen Region und der TU Dresden intensiviert werden.

Duale Ausbildung besser und attraktiver machen

Dass der Staat eingreifen muss, wenn der Markt versagt, hat man spätestens in der Debatte zum Mindestlohn bemerkt – und der Mindestlohn ist ein großer Erfolg. In manchen Branchen ist der Mangel an Auszubildenden auch durch schlechte Vergütung, Arbeitsbedingungen und Ausbildungsqualität mitverursacht. Nach 27 Jahren muss Schluss damit sein, dass in Ostdeutschland weniger Auszubildendenvergütung bezahlt wird als in Westdeutschland. Deshalb fordern wir einen „**Mindestlohn für Lehrlinge**“ – **die bundesweite Einführung einer Mindest-Auszubildendenvergütung**. Wir brauchen gemeinsam mit den Sozialpartnern eine **Qualitätsoffensive für betriebliche Ausbildung**.

Zudem sollen auch Auszubildende die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts haben: Im Handwerk sind die Wanderjahre eine Jahrhunderte alte Tradition. Im Ausland und auf Wanderschaft können junge Menschen neben den beruflichen Fähigkeiten viel über das Leben lernen. Heute gehen kaum Auszubildende ins Ausland. Es ist die Aufgabe der Sozialpartner, stärker bei Auszubildenden und Betrieben für Auslandspraktika und Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung zu werben. Wir unterstützen diese Initiative durch **Auslandsstipendien** und machen uns für die Fortsetzung des Programms „Mobilitätsberater“ beim Bund sowie eine bessere Umsetzung von „Erasmus+“ für die berufliche Bildung bei der EU stark.

Um einen Schwerpunkt nochmals aufzugreifen: Wer einen Pflegeberuf lernt, darf nicht in der Sackgasse landen. **Wir begrüßen die Reform der Pflegeausbildung als einen ersten Schritt**. Die Altenpflege wird aufgewertet. Es wird zudem die Möglichkeit geschaffen, ein Pflegestudium anzuschließen.

Chancengleichheit durch Beteiligung

Allen Jugendlichen die gleichen Chancen zu geben, bedeutet auch, dass sie aktiv teilhaben an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Wir treten dafür ein, dass die sächsischen Kommunen Formate der Jugendbeteiligung aufbauen, und unterstützen sie bei dieser Aufgabe. Jugendgremien, wie z.B. Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte wollen wir fördern, sodass junge Menschen schon früh Mitwirkung, Demokratieverständnis und gesellschaftliche Teilhabe erlernen und ausleben können.

4. Niemanden zurücklassen

Bedingungen für gleiche Chancen verbessern

Wir müssen dafür sorgen, dass zwischen den Ballungszentren und dem ländlichen Raum die soziale Spaltung nicht weiter zunimmt. Wir müssen dafür sorgen, dass sich unsere Städte nicht weiter sozial spalten. Wir unterstützen die Bundes-SPD dabei, ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland aufzulegen, das als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Ostdeutsche nachholende Bedarfe sind dabei ebenso zu beachten

Leitantrag

wie die strukturschwachen Regionen. Die Infrastruktur muss so ausgebaut sein, dass alle Menschen überall auch Chancen wahrnehmen können.

Wir wollen eine stärkere soziale Vermischung in den Großstädten voranbringen. Sozialer Wohnungsbau und Bildungseinrichtungen müssen klug über alle Stadtviertel hinweg verteilt werden. Wohnen muss für jede und jeden bezahlbar sein. Dort wo erforderlich, muss auch eine effektive Mietpreisbremse dem Markt Grenzen setzen. Die Förderrichtlinie gebundener Mietwohnraum werden wir daher über das Jahr 2019 hinaus verlängern, ausbauen und verbessern. Dazu werden wir die Förderung so umgestalten, dass in jedem Fall Mieten im Bereich der KdU-Sätze erreicht werden können. Außerdem geben wir den Kommunen Möglichkeiten zur weiteren Ausgestaltung der Richtlinie mit Blick auf die Bindefristen und die Standards des geförderten Wohnraums.

Chancengleichheit am Beginn verbessern

Politik für mehr Chancengleichheit beginnt im frühen Kindesalter. Und sie beginnt vor allem bei einem der größten Skandale unserer Zeit: der Kinderarmut. Deshalb muss sich die SPD auf Bundesebene für eine **Kindergrundsicherung** einsetzen. **Das werden wir mit aller Kraft unterstützen.**

Chancengleichheit für Kinder beginnt in den Kindertageseinrichtungen und bei der Unterstützung der Familien. Frühe Bildungsförderung muss es für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder religiösen Herkunft und ihrer Lebenslage geben. Dazu muss Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit eingeräumt werden, damit sie unsere Kinder gezielt fördern können, ihnen Zuneigung schenken und ihre Entwicklung begleiten können. Wir haben bereits in dieser Wahlperiode begonnen, den Betreuungsschlüssel zu senken. **Wir wollen als nächsten Schritt bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten in den Kindergärten verbindlich ausgestalten. Das verschafft den Erzieherinnen und Erziehern Luft für das wichtigste: mehr Zeit für unsere Kinder.**

Darüber hinaus wollen aber alle Eltern etwas für ihre Kinder erreichen – nur brauchen manche mehr und andere weniger Unterstützung. Wir wollen die Einrichtung von **Eltern-Kind-Zentren dort weiterentwickeln**, wo besonders viel **Bedarf an „Kümmerstrukturen“** besteht. Kindertagesstätten sollen nicht nur für die Kinder, sondern auch für deren Eltern eine Anlaufstelle sein. Geeignete Fachkräfte, wie Sozialarbeiterinnen können dort wichtige Bezugs- und Ansprechpartner sein. Sie können sowohl die Erzieher bei der Zusammenarbeit mit den Eltern begleiten als auch Netzwerke pflegen und gezielte Beratungs- und Informationsangebote in den Kitas etablieren.

Wir brauchen jede und jeden

Wir müssen jene Menschen, die aus welchen Gründen auch immer keinen Schulabschluss schaffen, aktiv unterstützen. Um Schulabbruch vorzubeugen, wollen wir **Projekte der schulischen Jugendhilfe** stärker unterstützen. **Zudem wollen wir Möglichkeiten wie im Modell der assistierten Ausbildung ausbauen:** Die dortige praxisorientierte Vorbereitungsphase und die Teilnahme am Förderunterricht ermöglichen es Jugendlichen, die Betriebe von ihren praktischen Fähigkeiten und ihrem Ausbildungswillen zu überzeugen, auch wenn sie bei ihrer Bewerbung nicht alle Anforderungen erfüllt haben.

Leitantrag

Oftmals haben Jugendliche und junge Erwachsene zudem Fertigkeiten erworben, aber keine zertifizierte Ausbildung abgeschlossen. Wir wollen Fertigkeiten ohne Zertifikat in ein **gemeinsames Zertifizierungssystem überführen, so dass Fertigkeiten und Lernfortschritte von „Spätstartern“ dokumentiert und eine Anrechnung bei einer späteren Ausbildung ermöglicht wird.** Ein bewährtes Instrument ist die **Einstiegsqualifizierung.** Wir wollen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten Bedingungen schaffen, damit wir jeden einzelnen Jugendlichen bis zum Beruf begleiten können, Bildungschancen für alle erhöhen und Abstiege verhindern. Auch hierfür sind **die Jugendberufsagenturen** das geeignete Instrument. Die **Berufsbildungs- bzw. Berufsförderungswerke für Jugendliche und Erwachsene mit Beeinträchtigung sollen geöffnet** werden. Denn eine inklusive Arbeitswelt ist die Voraussetzung für Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen am Arbeitsleben.

Ehrenamtliche Unterstützung für mehr Chancengleichheit stärken

Manche Schüler, gerade aus schwierigen Verhältnissen, haben wenige Vorbilder und Förderer. Diese Rolle können Lehrerinnen oder Sozialarbeiter übernehmen. In einigen Fällen sind aber auch **ehrenamtliche Mentorinnen** von Vorteil, da so andere Zugänge geöffnet werden bzw. bestehende Hemmnisse gegenüber Autoritätspersonen überwunden werden können. Wir müssen die Bürgergesellschaft für das Thema Chancengleichheit stärker aktivieren und sensibilisieren. **Zuständige Stellen sollen deshalb stärker als bislang für solche ehrenamtlichen Mentoringprogramme werben.** Außerdem brauchen wir mehr Qualifikations- und Fortbildungs-Maßnahmen für Ehrenamtliche in diesem Bereich.

Wir wollen ehrenamtliche Initiativen für Chancengleichheit stärker finanziell unterstützen und bürokratische Hürden bei der Beantragung dieser Gelder senken.

Gleichzeitig müssen die zuständigen Stellen die Zusammenarbeit mit solchen ehrenamtlichen Strukturen verbessern und diese mehr wertschätzen. Es geht um eine bessere Informationspolitik sowie mehr Kommunikation durch Ämter und Verwaltung. Um diese Zusammenarbeit zu befördern, werden wir die Etablierung entsprechender Netzwerke auf Landkreisebene prüfen. Nur wer voneinander weiß, kann miteinander arbeiten. Diese regionalen Netzwerke können so Mentorinnen und Mentoren und Mentees besser zusammenbringen. Wir wollen ein Landesnetzwerk für ehrenamtliche Hilfen für Chancengleichheit unterstützen.

Inklusion

Menschen mit Beeinträchtigungen haben es nach wie vor schwerer, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dennoch konnte in den vergangenen Jahren schon einiges erreicht werden: Im neuen Schulgesetz haben wir viele Maßnahmen beschlossen, um die **Inklusion voranzubringen.** So können Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Förderschule oder inklusiv an der Regelschule unterrichtet werden. Da Sachsen beim Förderschwerpunkt „Lernen“ bislang nur zu fünf Prozent inklusiv unterrichtet, wird mit unserem neuen Inklusionskonzept Bewegung in diesen Bereich kommen. Ziel muss dabei die **inklusive Unterrichtung an Regelschulen** sein, die zu anerkannten Schulabschlüssen führt. Wir fordern daher, dass in allen Schulformen ein enger Kontakt und Erfahrungsaustausch zwischen der Lehrerschaft und den Eltern geschaffen wird, um frühzeitig auf soziale und schulische Probleme reagieren zu können. Dadurch wird aktiv

Leitantrag

zur Senkung der Schulabbrecherquote beigetragen. Die Einführung der schulischen Inklusion wird bis 2022/23 gestreckt, um Lehrerschaft und Schulen nicht zu überfordern. Die neu zu bildenden Kooperationsverbände werden die Zusammenarbeit zwischen Regel- und Förderschulen stärken sowie das bestehende Schulnetz stabilisieren.

Unsere Hochschulen und die Berufsakademie Sachsen erhalten zudem zusätzliche Mittel, um eine inklusive Hochschule auszugestalten und eigene Aktions- und Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu verwirklichen. Auch haben wir den Auftrag der „Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Hochschulen“ um das Themengebiet „Inklusion“ ergänzt. Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur formal in „Diversity-Stabsstellen“ oder „Diversity-Büros“ geparkt, sondern muss als Querschnitts- und Leitungsaufgabe verstanden werden und so nachhaltig in Lehre und Forschung zu Veränderungen führen. Einen Beitrag leisten die hochschuldidaktischen Qualifizierungskurse.

Unser langfristiges Ziel ist ein Arbeitsmarkt für alle. In dem Bewusstsein, dass die derzeitigen Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht für alle zu bewältigen sind, wollen wir **Maßnahmen der unterstützten Beschäftigung** fördern. Einrichtungen mit Schutz- und Rehabilitationscharakter (z.B. Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen) sollen erhalten bleiben. Darüber hinaus benötigen wir mehr und unkomplizierte Lösungen für Menschen mit Beeinträchtigungen, die neue Wege gehen wollen. Die Arbeitsmarktlage ist noch nie so gut gewesen, wie jetzt. Leider konnten davon vor allem arbeitssuchende Menschen mit Behinderungen nicht profitieren. Die Einrichtung von behindertengerechten Arbeitsplätzen muss vom Antrag bis zur Bewilligung von Leistungen beschleunigt werden um Rechtssicherheit für Arbeitgeber zu schaffen und eine Hängepartie von Betroffenen zu vermeiden.

Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten, sollen mehr Geld zur Verfügung haben. Eine regelmäßige angemessene Erhöhung der Entgelte für diese Menschen ist auch ein Zeichen der Wertschätzung ihrer Arbeit. Diese Entgelte müssen anrechnungsfrei gegenüber anderen Sozialleistungen gewährt werden.

Eine inklusive Arbeitswelt ist noch lange nicht erreicht. Es bedarf sehr viel Überzeugungsarbeit bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir müssen die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern sowie die Gewerkschaften dafür gewinnen.

Die Nutzung von Kultur-, Kunst- oder Sportangeboten ist für alle Menschen eine Grundvoraussetzung für die uneingeschränkte Teilhabe an unserer Gesellschaft und stärkt deren Zusammenhalt. Deshalb werden wir in Sachsen dafür Sorge tragen, dass diese Einrichtungen von allen Menschen zugänglich, erreichbar und nutzbar zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns für eine Evaluation des Wahlrechts ein um diskriminierende Wahlrechtsausschlüsse aufzuheben. Ferner wollen wir in einem neuen sächsischen Inklusionsgesetz neben der Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben auch die Teilhabe am politischen Leben umsetzen.

Leitantrag

Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund

Die meisten Menschen, die nach Deutschland kommen, sind nachweislich hochmotiviert und möchten so schnell wie möglich selbstständig leben. Doch diese hohe Motivation verliert dann schnell an Kraft, wenn Asylverfahren, Sprach- und Integrationskurse, Praktika, Ausbildungsorientierung und Ausbildung eine lange Kette bis hin zur endgültigen Arbeitsaufnahme darstellen.

Die Grundlagen haben wir in Sachsen gelegt: Mit Hilfe von **Erstorientungskursen** erhalten Geflüchtete schon in der Erstaufnahmeeinrichtung den ersten Sprachunterricht und einen Wegweiser bei der Bewältigung des Alltags in Deutschland. Sobald Asylsuchende in einer sächsischen Kommune leben, können sie an Landessprachkursen teilnehmen, sofern sie keinen Zugang zu Integrationskursen des Bundes haben. Das ist deutschlandweit vorbildlich und damit konnte eine wichtige Lücke in der Sprachvermittlung geschlossen werden.

Mit dem ebenfalls bundesweit einzigartigen Förderprogramm „**Integrative Maßnahmen**“ wird die unschätzbare wichtige Arbeit von ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen sowie die Integration in den Kommunen – also vor Ort – unterstützt. Gleichzeitig begleiten und beraten sogenannte Arbeitsmarktmentoren die Geflüchteten bei ihrer Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Qualifikationen und Kompetenzen der Menschen frühzeitig erfasst, geprüft und anerkannt werden.** Außerdem schaffen wir ein System, das es zugewanderten Menschen auch nach dem 18. Lebensjahr und damit nach dem Ende der Schulpflicht ermöglicht, einen Schulabschluss nachzuholen. Integration ist nicht nur ein langer und wechselhafter Prozess für eine Gesellschaft, sondern stets auch für die einzelne Person selbst. **Wir fordern von den zu uns kommenden Menschen, dass sie diesen Marathon angehen und erfolgreich zu Ende bringen; gleichzeitig erwarten wir von den dabei Beteiligten in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, dass dieser für einen Zugewanderten so intensive Prozess behutsam, offen und fördernd unterstützt wird.**

Zu dieser Balance gehört auch, dass Menschen, die länger als zwei Jahre ohne Verfehlungen in Sachsen leben, nicht mehr abgeschoben werden sollten. **Die meisten Menschen verstehen nicht, wenn Zugewanderte, die in kürzester Zeit Deutsch gelernt haben, gute Chancen auf Ausbildung oder Arbeit haben und wegen des Fachkräftemangels gebraucht werden, abgeschoben werden.** Hierzu bedarf es der Möglichkeiten des Spurwechsels in ein Einwanderungsgesetz, für welches sich die SPD auf Bundesebene einsetzt. Dies unterstützen wir. Auch muss die durch sächsische Sozialdemokraten initiierte Möglichkeit der Ausbildungsduldung („3+2-Regelung“) viel stärker angewendet werden. Im Gegensatz zur Union wertschätzt die SPD die Familie und steht zum Familiennachzug.

5. Kleine und große Aufstiege im Berufsleben möglich machen

Die Geschichte hat gezeigt, dass neue Technologien zwar Arbeitsprozesse vereinfachen können, sie aber den Menschen zunächst mehr Qualifizierung abverlangen. Um mit Blick auf den großen Wandel der Arbeitswelt, der uns durch die Digitalisierung bevorsteht, den Anforderungen der modernen Arbeitswelt und einer demokratischen Gesellschaft gerecht

Leitantrag

zu werden, **brauchen wir in Sachsen eine neue Kultur der Weiterbildung.** Und wir brauchen **vor allem endlich ein Recht auf Weiterbildung.** Deshalb braucht Sachsen ein **Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz** mit einem verbindlichen Anspruch auf mindestens fünf bezahlte Weiterbildungstage im Jahr. Berufliche Umorientierungen, die es jedem Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmerin ermöglichen, bis zum Renteneintritt im Arbeitsprozess zu bleiben, gilt es gezielt zu fördern.

Gleichzeitig klingt das nicht für alle sofort attraktiv: Manche Menschen empfinden „lebenslanges Lernen“ eher als Bedrohung denn als Chance. **Wir wollen daher auch Weiterbildung fördern, bei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht „die Schulbank drücken“, sondern sich in ihrem Betrieb qualifizieren können.** Jede und jeder muss die Chance bekommen, Schritt zu halten mit dieser neuen Zeit.

In einer gemeinsamen Anstrengung mit Bund, Kommunen und Bildungsträgern wollen wir den Zugang zu einer flächendeckenden Grundversorgung sichern, damit auch Erwachsene **Schulabschlüsse in Vollzeit oder berufsbegleitend am Abend oder tagsüber neben familiären Verpflichtungen** nachholen können. **Wir brauchen eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Träger für Qualifikation und Weiterbildung auch im ländlichen Raum.** Deswegen war es ein wichtiger Schritt, dass wir als SPD eine Million Euro mehr für Weiterbildung, insbesondere in der Erwachsenenbildung an unseren Volkshochschulen, zur Verfügung gestellt haben. Um das Engagement langfristig zu sichern sowie weiterhin Expertinnen und Experten in allen sächsischen Regionen zu gewinnen, sollen die Mittel für Erwachsenenbildung deutlich aufgestockt werden.

Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern eine praxisnahe, altersgerechte Öffnung der Ausbildung erreichen. Es sind neue Lernmethoden und bedarfsgerechte Förderangebote für ältere Auszubildende und ihre Ausbildungsbetriebe bereitzustellen. Zudem sind bestehende Instrumente der abschlussorientierten Qualifizierung Erwachsener zu schärfen und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Hinzukommen muss jedoch insbesondere für ältere Auszubildende eine lebensstandardsichernde Bezuschussung.

Wir unterstützen die Einführung eines Chancenkontos für Erwerbstätige auf Bundesebene. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ein solches Konto erhalten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet ist. Es kann für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung eingesetzt werden, die über reine Erhaltungsqualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen. Man kann es zudem für Unternehmensgründungen und den Übergang in die Selbstständigkeit nutzen. Mit einem Chancenkonto könnte jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahrs einen finanziellen Anspruch auf staatliche Leistungen für Bildung, Zeitsouveränität und andere gesellschaftliche Prioritäten erhalten. **Klar muss sein: Das Chancenkonto ist ein zusätzliches Instrument, es darf nicht dazu dienen, bestehende Unterstützungsleistungen zu ersetzen.**

Meister sind genauso wichtig wie Master. Auf Bundesebene haben wir die größte Reform des „Meister-Bafögs“ seit 2002 beschlossen. Außerdem haben wir auf Landesebene den Meisterbonus eingeführt. **Für diese Chancen müssen wir mehr werben und aufklären,** nicht zuletzt im Rahmen der Übergabe von Betrieben an Nachfolgerinnen und Nachfolger. Auch hier ist eine gezielte Unterstützung von Frauen sinnvoll, da sie nach wie

Leitantrag

vor deutlich in der Unterzahl in den Führungspositionen vertreten sind. Vorhandene Frauennetzwerke und Weiterbildungsangebote sind zu fördern und auszuweiten. Gute Beispiele empfehlen wir von Region zu Region in Zusammenarbeit mit Kammern und Zivilgesellschaft, z.B. Frauenorganisationen.

Wer den Weg in die Selbstständigkeit wagt, tut das mit viel Hoffnung, Überzeugung und Begeisterung für seine Idee. Darin wollen wir die Unternehmerinnen und Unternehmer bestärken und ermutigen. Weil sie aber oft auch nicht gut abgesichert sind und gerade am Beginn wenig Einkommen haben, wollen wir alle Selbstständigen möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbeziehen. Um den Weg in die Selbstständigkeit zu vereinfachen, wollen wir die Einführung eines Gründungszuschusses prüfen. Die frauenspezifische Förderung von Existenzgründungen im ländlichen Raum werden wir entsprechend der hohen Nachfrage ausweiten. Diese finanzielle Förderung sollte mit Netzwerk- und Weiterbildungsangeboten flankiert werden.

6. Abstiege verhindern

Chancengleichheit und Anerkennung beinhaltet oft auch, Abstiege und Sackgassen zu verhindern oder wenigstens zu dämpfen. Wir haben im Osten eine besonders hohe Frauenenerwerbsquote. Und trotzdem landen auch in Sachsen viele Frauen in der „Teilzeitfalle“ – mit allen Folgen für die Chancengleichheit. Nicht zuletzt trifft dies aber **Alleinerziehende** – hier meist auch Frauen. Wir brauchen daher dringend die Einführung einer **Familienarbeitszeit** und das **Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit**. Nur so kann die Ungerechtigkeit angegangen werden, dass Frauen beim Lohn und bei der Besetzung von Führungspositionen zurückfallen. Für Sachsen werden wir Maßnahmen mit dem neuen **Sächsischen Gleichstellungsgesetz** beschließen.

Wir haben ein „Landesprogramm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ über 13 Millionen Euro aufgesetzt. Die Botschaft ist: „Wir brauchen Euch!“ Wir verknüpfen hier Beschäftigungs- und Wiedereingliederungsangebote mit einer individuellen Betreuung. Das Landesprogramm gibt den Jobcentern die Möglichkeit, Berater mit mehr Zeit für die Langzeitarbeitslosen einzusetzen. Wir starten zudem ein Modellprojekt „Tandem“, in dem langzeitarbeitslose Eltern mit Kindern und Alleinerziehende unterstützt werden, die ebenfalls auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Die Teilnahme daran ist freiwillig. Arbeitslosigkeit ist insbesondere für viele Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen nach wie vor eine der zentralen Abstiegsängste. Der erhebliche Verlust von Einkommen, aber insbesondere auch die Prüfung von Vermögen und der nicht immer einfache Umgang mit der Agentur für Arbeit stellen eine große Belastung dar. Daher wollen wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I bei der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen verlängern (ALG Q) und den Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits nach zehn Monaten Beschäftigung innerhalb von zwei Jahren herstellen. Weiterhin werden wir die Sanktionspraxis im SGB II deutlich lockern, die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige abschaffen und das Schonvermögen im SGB II verdoppeln. Wir wollen „Kümmerstrukturen“ zur Selbsthilfe stärken, gerade in Stadtvierteln und Treffpunkten mit sozialen Problemen. Anerkennung bekommen Menschen von anderen Menschen, wenn sie sich untereinander kennen und gegenseitig helfen, wenn sie in Netzwerken sind, dort ihre Fähigkeiten einbringen. Chancengleichheit stärken wir, indem wir Beratungsstrukturen stärken, über Rechte und Angebote aufklären.

Leitantrag

Unsere Politik für ein Sachsen von morgen

Die nächsten fünf Jahre werden darüber entscheiden, wie wir in Zukunft in Sachsen leben werden. Die in Sachsen lebenden Menschen haben gezeigt, dass sie sich durchkämpfen können. Gleichzeitig mussten sie erfahren, welche Auswirkungen große Umbruchprozesse haben können – im Guten wie im Schlechten. Hiervor haben wir sehr großen Respekt. Mit unserer Politik der Chancengleichheit werden wir sie dabei unterstützen künftige Umbrüche gut zu bewältigen.

Unser Anspruch ist, **den technischen Fortschritt der Digitalisierung mit gesellschaftlichem und sozialem Fortschritt zu begleiten** – für gute Bildung, für höhere Löhne und für Teilhabe aller.

Eine Politik für Chancengleichheit, die die Menschen anerkennt und jedem Respekt entgegenbringt, ist nicht nur gerecht, sie ist auch wirtschaftlich vernünftig. Angesichts des Fachkräftebedarfs und der demografischen Entwicklung können wir es uns gar nicht mehr leisten, so viele junge und ältere Leute, zurückzulassen. Wollen wir Sachsen weiter zur europäischen Innovationsschmiede ausbauen, brauchen wir alle. Soziale Ungleichheit **gefährdet nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern auch die Wirtschaftskraft Sachsens.**

In der Politik sollen Taten den Worten entsprechen. Wir sagen was wir tun und tun was wir sagen.

In diesem Zuge müssen wir für eine Sprache kämpfen, die nicht diskriminiert. Die Höhe des Einkommens sagt nichts darüber aus, ob man „gebildet“ ist. „Sozial schwach“ sind die Menschen, die Steuern hinterziehen, sich unsolidarisch verhalten und nicht diejenigen, die jeden Tag trotz kleinem Einkommen ihre Familie am Laufen halten und ihren Kindern die Chance geben wollen, es zukünftig besser zu haben als sie selbst. Die Diskriminierung und Respektlosigkeit durch Sprache wollen wir thematisieren und herabwürdigender Rhetorik eine anerkennende und wertschätzende entgegensetzen.

Wir wollen den Menschen ein modernes, wirtschaftlich starkes, vielfältiges und demokratisches Sachsen mitzugestalten. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Junge und Alte, Frauen und Männer, in den Städten und den Dörfern dazu anregt, Chancen zu ergreifen und für ein zufriedenes Leben zu nutzen.

Bildung und Erziehung

Antrag: BE 02

Votum der Antragskommission: Diskussion; Anregung: Beschlussforderungen sollten einzeln aufgeführt und vorangestellt werden

Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema:

Gute Schule braucht mehr Lehrerstellen, eine klügere Lehramtsausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen

Das sächsische Schulsystem verliert seine Leistungsfähigkeit. Die Auswirkungen des vor Jahren von der CDU/FDP-Regierung verursachten Lehrkräftemangels werden inzwischen flächendeckend spürbar. Mit Regierungsantritt der SPD im Jahr 2014 ist es zwar an vielen Stellen gelungen, Schritte zur Verbesserung der Situation zu erreichen. Diese reichen jedoch noch nicht aus. Die SPD Sachsen setzt sich weiter für mehr Lehrerstellen, für eine verbesserte und finanziell abgesicherte Lehramtsausbildung sowie für eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes ein.

A) STELLENSITUATION

Die Planungen der CDU/FDP-Regierung (2009 bis 2014) sahen einen landesweiten Stellenabbau im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen vor, der auch vor den Schulen unseres Landes nicht haltmachte. Bis zum Schuljahr 2020/21 sollte sich die Zahl der Lehrkräfte von rund 28.000 auf rund 25.000 verringern. An diesem Abbauplan hielt Schwarz-Gelb bis zum Ende der Wahlperiode fest, obwohl die Zahl der geborenen Kinder seit 2009/10 wieder anstieg. Spätestens ab dem Doppelhaushalt 2011/12 hätte Schwarz-Gelb umsteuern und die Zahl der Stellen wieder erhöhen müssen.

Erst mit Regierungsbeteiligung der SPD im Jahr 2014 ist es gelungen, das Ruder herumzureißen:

Mit dem Koalitionsvertrag wurde vereinbart, alle freiwerdenden Lehrerstellen unbefristet wiederzubesetzen und 1.000 zusätzliche Stellen einzurichten. Mit den Doppelhaushalten

Bildung und Erziehung

2015/16 und 2017/18 haben wir über diese Vereinbarung hinaus weitere Stellen erkämpft. Bis zum Schuljahr 2020/21 wird die Zahl der unbefristet beschäftigten Lehrkräfte im Freistaat Sachsen so auf 30.400 steigen – das sind 1.400 mehr als in den Koalitionsverhandlungen vereinbart und 5.000 mehr, als von der CDU/FDP-Vorgängerregierung geplant.

Doch die Zahl der Stellen ist noch nicht ausreichend. Die Lehrerbedarfsplanung des Sächsischen Kultusministeriums ist zu niedrig berechnet. Viele Stunden im Ergänzungsbereich und notwendige Spielräume für mehr Anrechnungsstunden beispielsweise für Klassenleitertätigkeit, für Inklusion oder für besondere Herausforderungen in einkommensschwachen Sozialräumen fehlen völlig. Die SPD Sachsen setzt sich daher weiterhin für eine deutliche Erhöhung der Stellenzahl ein.

B) ZUKUNFT DER LEHRAMTSAUSBILDUNG

Bundesweit wird derzeit ein Mangel an Lehrkräften beklagt. Weil es nicht genügend ausgebildete Lehrkräfte gibt, werden Seiteneinsteiger eingestellt. Aber ein guter Teil des Nachwuchsmangels ist in Sachsen hausgemacht. Bereits im Jahr 2003 beschloss die damalige CDU-Alleinregierung, dass die Ausbildung für Grund- und Oberschullehrer an der Universität Leipzig konzentriert werden soll. Auch wenn es uns in unserer ersten Regierungsbeteiligung von 2004 bis 2009 gelungen ist, das Aus für diese Schularten an der TU Dresden zu verhindern, wurden ab dem Jahr 2010 keine Lehramtsstudierenden für diese Schularten mehr in Dresden zugelassen. Heute – sieben Jahre später – werden die Auswirkungen überdeutlich: Wir haben den größten Mangel an Absolventen und an unseren Schulen genau bei den Grund- und Oberschullehrern.

Die fehlende Kontinuität im sächsischen Lehramtsstudium entpuppt sich heute als zusätzliche Hypothek: Zwar haben wir in unserer Regierungszeit 2006 die deutschlandweite Umstellung des Lehramtsstudiums auf das Bachelor-Master-System vollzogen. Alle Lehramter hatten nun die gleiche Studiendauer von 5 Jahren, so dass auch eine wichtige Voraussetzung für die gleiche Bezahlung geschaffen war. Doch bereits 2012 machte die CDU/FDP-Regierung alles rückgängig und führte das Staatsexamen mit unterschiedlichen Ausbildungszeiten wieder ein. Der Vorbereitungsdienst wurde erst auf ein Jahr – bundesweit einmalig - verkürzt, dann wieder verlängert; Referendare fanden trotz ausgezeichneter Examensnoten keine Beschäftigung in Sachsen, da die Referendariatsplätze 2008 noch einmal deutlich verringert wurden. Dies alles führte dazu, dass die Zahl der Absolventen von 1.230 im Jahr 2009, dem Ende unserer Regierungszeit, auf 818 im Jahr 2014, dem Ende der schwarz-gelben Regierungszeit zurückging. Doch selbst diese geringere Zahl an Absolventen fand überwiegend keine Anstellung in Sachsen.

Im Jahr 2011 standen in ganz Sachsen nur rund 1.000 Studienplätze für die Lehramtsausbildung zur Verfügung, davon der allergrößte Teil in Leipzig (Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, Sonderpädagogik), ein geringerer Teil in Dresden (Gymnasien, Berufsbildende Schulen) und bereits seit 1997 keine mehr in Chemnitz. Inzwischen haben wir die sachsenweite Zahl der Studienplätze auf insgesamt 2.045 erhöht, weitere 375 Plätze werden zum jetzt beginnenden Wintersemester 2017/18 folgen. Demnach stehen über 2.400 Studienplätze im Lehramt an den Standorten Chemnitz, Dresden und Leipzig

Bildung und Erziehung

zur Verfügung. Und auch beim Referendariat, das jahrelang das Nadelöhr zum Lehrerberuf war, haben wir gehandelt: Die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst stieg von 1.127 im Schuljahr 2010/2011 auf nunmehr 2.050 im Schuljahr 2017/18.

Die Lehramtsausbildung braucht Ressourcenkontinuität. Die SPD Sachsen setzt

sich weiterhin dafür ein, dass die Ausbildung von Lehrkräften an allen drei sächsischen Universitätsstandorten gesichert ist. Das Grundschullehramt an der TU Chemnitz muss dauerhaft eingerichtet werden. Sachsen braucht diese flächendeckende Ausbildung, um genügend Lehrernachwuchs zu gewinnen. Für die Ausbildung müssen zusätzliche Dauerstellen an den Universitäten geschaffen werden. Eine Schwankung in den Ausbildungskapazitäten darf künftig kein Infragestellen eines Ausbildungsstandortes mehr nach sich ziehen. Vielmehr müssen wir auch neue Wege der Kooperation gehen, um Bedarfe in den Regionen decken zu können. So sollte die Kooperation zwischen den Fachhochschulen und der TU Dresden beim Berufsschullehramt nach einer positiven Evaluierung ausgeweitet werden.

Die starre Schulartbezogenheit des Staatsexamens tut in Sachsen ihr Übriges, um eine bedarfsgerechte Ausbildung zu erschweren. Solange in Studienzeit und Vergütung zwischen dem gehobenen und dem höheren Lehramt differenziert wird, werden junge Menschen im Zweifel dem Gymnasialstudium den Vorrang vor der Grund- und der Oberschulbildung geben. Denn ein Gymnasiallehrer kann schulartfremd auch an einer Grund- oder Oberschule eingesetzt werden, ein Oberschullehrer jedoch nicht an einem Gymnasium.

Bildung und Erziehung

Die Stufenausbildung würde aber nicht nur den schulartübergreifenden Einsatz von Lehrkräften ermöglichen. Sie ist auch bestens geeignet, ein ganzheitliches Bildungsverständnis zu entwickeln und Lehrkräfte besser für den binnendifferenzierten Unterricht zu rüsten. Mit einer Primarstufenausbildung, die in einem Fach bis zur Klasse 10 geführt wird, würde sich auch für die Studienstandorte – und insbesondere für die TU Chemnitz – ein Weg zur umfassenderen Lehramtsausbildung eröffnen, welcher die Ressourcen der jeweiligen Universitätsstandorte anerkennt und effizient nutzt.

AUSBILDUNG UND EINSATZMÖGLICHKEITEN	GS	OS Sek I	GY Sek I	GY Sek II
Grundschullehrer		-	-	-
Oberschullehrer	-		-	-
Gymnasiallehrer	-	-

Lehramt Primarstufe / Sekundarstufe I				-
Lehramt Sekundarstufe I / Sekundarstufe II	-

Mit der Umstellung auf das Bachelor-Master-System hatte die SPD in Sachsen die Voraussetzungen dafür geschaffen, in eine flexiblere Lehramtsausbildung einzusteigen, die auch eine gute Basis für den Seiteneinstieg hätte sein können. Diese Reformbemühungen hatte die schwarz-gelbe Regierung mit ihrer Rückwärtsrolle zum Staatsexamen im Jahr 2012 gestoppt. Eine neuerliche Kehrtwende wäre heute nicht hilfreich, eben weil auch die Hochschulen zur Sicherung der Qualität der Ausbildung Kontinuität brauchen. Doch eine inhaltliche Flexibilisierung hin zur Stufenausbildung und damit hin zu einer stärkeren Durchlässigkeit zwischen den Schularten ist auch im Staatsexamens-System möglich.

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, mehr Wege zum Lehrerberuf zu eröffnen. Mit der schrittweisen Einführung einer stufenbezogenen Ausbildung (vgl. hierzu Beschluss B 03 „Lehrerversorgung in Sachsen“ des Landesparteitages der SPD Sachsen vom Oktober 2016 in Chemnitz, www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2016/11/B_B03-Lehrerversorgung-in-Sachsen.pdf) wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Sachsens Lehrkräfte künftig nicht nur einheitlich bezahlt werden, sondern auch, dass das sächsische Schulsystem insgesamt viel flexibler auf Bedarfsschwankungen reagieren kann und für eine Zukunft gerüstet ist. So lassen sich die derzeitige strenge Trennung der Schularten überwinden und unsere Lehrer auf inklusives und binnendifferenziertes Lernen vorbereiten. Gleichzeitig braucht es attraktive und gleichrangige Angebote für Hochschulabsolventen, die nach einem Fachstudium und/oder beruflicher Praxis den Lehrerberuf ergreifen wollen, beispielsweise bildungswissenschaftliche Masterstudiengänge, verbunden mit einer fachdidaktischen Ausbildung.

Bildung und Erziehung

C) ATTRAKTIVE ARBEITSBEDINGUNGEN

Neue Lehrkräfte wird der Freistaat Sachsen mittelfristig vor allem dann gewinnen, wenn er die Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule steigert. Dabei geht es nicht nur und nicht einmal vorrangig um monetäre Aspekte. Sachsen hat vor allem Nachholbedarf bei der Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen, die unsere Lehrkräfte tagtäglich erbringen. Dazu gehört ganz entscheidend, welchen Verantwortungsspielraum Lehrer vor Ort ausfüllen können, wie starr die staatlichen Vorgaben sind - oder andersherum, wieviel Vertrauen wir den Lehrkräften entgegenbringen und wie wir ihnen ermöglichen, ihrem Berufsethos folgen zu können. Dazu gehört auch, den Lehrern weitere Professionen zur Seite zu stellen, die für die heutigen und künftigen Schulen unerlässlich sind. Es geht also darum, den heute eher belasteten Lehrerberuf in einen attraktiven zu wandeln.

Mit dem Lehrermaßnahmepaket vom Oktober 2016 ist es in manchen Bereichen gelungen, notwendige Verbesserungen zu erreichen: Das Regelstundenmaß der Grundschullehrkräfte wurde reduziert. Die Anerkennung der Arbeit von Lehrkräften mit DDR-Ausbildung wurde verbessert. Mit einer zusätzlichen Anrechnungsstunde haben lebensältere Lehrkräfte eine Erleichterung erhalten. Und innerhalb der engen Grenzen des für Sachsen unseligen bundesweiten Lehrertarifvertrages wurde endlich die umfassende Nutzung von Zulagen zum Ausgleich von Nachteilen und Belastungen ermöglicht.

Mit der Novellierung des Schulgesetzes ist es uns außerdem gelungen, neue Perspektiven für die Entwicklung des sächsischen Schulsystems zu eröffnen: Ein Konzept zur schrittweisen Entwicklung multiprofessioneller Teams an Schulen ebnet den Weg zu mehr Inklusion. Die Ausstattung jeder Oberschule mit verlässlichen Ressourcen zur Schulsozialarbeit und zur Berufsorientierung unterstützt gerade die Schulart, die vor besonders großen Herausforderungen steht. Und die Stärkung der Entscheidungsspielräume jeder einzelnen Schule und ihres Schulträgers werden dazu beitragen, dass der Lehrerberuf auch inhaltlich mehr Anerkennung erfährt und dass pädagogische Ideen und Konzepte den Vorrang vor verwaltungstechnischen Fragen erlangen werden - auch wenn hier noch viel zu tun bleibt.

Doch zu attraktiven Arbeitsbedingungen, auch im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, gehören auch „harte“ Faktoren wie Geld und Zeit. Deshalb setzt sich die SPD weiterhin dafür ein, dass der Freistaat Sachsen mit den Lehrerwerkschaften einen Landestarifvertrag abschließt. Genauso wichtig ist es uns, die Lehrerbedarfsplanung darauf auszurichten, dass es möglich sein wird, das Regelstundenmaß der Lehrkräfte zu reduzieren und die Klassengrößen zu verringern. Bildung braucht Zeit – und zwar bei Lehrkräften wie Schülerinnen und Schülern gleichermaßen. Wir drängen weiter darauf, die Lehrpläne zu modifizieren und stofflich den Schulen mehr Spielräume zu geben, die Zahl der erforderlichen Klausuren, Leistungsfeststellungen und Prüfungen zu verringern und generell die Leistungsrückmeldungen an die Lernenden moderner zu gestalten. Die Gesellschaft der Zukunft braucht eine Schule der Zukunft – eine Schule, die unsere Pädagogen gestalten können, wenn sie die dafür notwendige Zeit und die nötigen Gestaltungsräume haben.

SPD-Landesverband Sachsen
außerordentlicher Landesparteitag 2017

21. Oktober 2017
Neukieritzsch

Bildung und Erziehung

Antrag: BE 03

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung mehrheitlich angenommen

Thema:

Stärkung der LehrerInnenausbildung an der TU Chemnitz – Sicherung der guten LehrerInnenversorgung in Chemnitz und den Landkreisen Erzgebirge, Mittelsachsen, Zwickau und Vogtland

1. Die SPD Sachsen fordert die Entfristung der GrundschullehrerInnenausbildung an der TU Chemnitz. Mit dem nächsten Doppelhaushalt müssen dauerhafte und unbefristete Stellen in ausreichender Anzahl zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollte eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten auf 150 Plätze geprüft werden. Daneben soll ein schulstufenspezifischer Lehramtsstudiengang „Primarstufe Plus“ (Grundschullehramt mit der Vertiefung in einem Fach für die Sekundarstufe I) neu angeboten werden. Schließlich soll eine Kooperation der TU Dresden mit der TU Chemnitz und den Fachhochschulen der südwestsächsischen Region zur Ausbildung von Berufsschullehrkräften geprüft werden.
2. Die Kapazitäten der Studiengänge müssen sich am Bedarf der Region Südwestsachsen orientieren.
3. Die SPD Sachsen fordert die zusätzliche Zur-Verfügung-Stellung aller dafür notwendigen Ressourcen durch das Sächsische Finanzministerium an das SMWK und den Aufbau der zusätzlichen Kapazitäten für die LehrerInnenausbildung an der TU Chemnitz, ohne dass dieser Aufbau zu Lasten anderer Studiengänge an der TU Chemnitz oder anderer Hochschulen in Sachsen gehen darf.

SPD-Landesverband Sachsen
außerordentlicher Landesparteitag 2017

21. Oktober 2017
Neukieritzsch

Bildung und Erziehung

Antrag: BE 05

Votum der Antragskommission: Diskussion; Anregung: Beschlusstext und Begründung trennen

Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Gemeinsam länger lernen

Die SPD Sachsen steht für die Einführung der Gemeinschaftsschule, die gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse ermöglicht.

Für uns ist klar, dass der Zugang zu Bildung ein wichtiger Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft ist. Staatliche Aufgabe ist es, nicht nur die entsprechende Infrastruktur und Personal bereit zu stellen, sondern zu sichern, dass jede und jeder Zugang zu den Bildungsangeboten erhält. Dieser Zugang ermöglicht unerlässliche Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Sozialdemokratische Bildungspolitik betrachtet den Menschen ganzheitlich - es geht nie nur um Lebensabschnitte, sondern um Persönlichkeitsbildung, Ausbildung und Weiterbildung in allen Lebenslagen.

Wir sind davon überzeugt, dass schon früh im Leben die Grundlagen für eine eigenverantwortliche Zukunft gelegt werden. Deswegen gilt es der frühkindlichen Bildung und der Schulzeit besonderes Augenmerk zu schenken. Es steht fest, dass Kinder am besten lernen, wenn sie ihre Neugier entfalten können und ihre individuellen Stärken gefördert und Schwächen begleitet werden. Der Drang zum Wissen und Lernen ist menschlich und muss durch die Bildungseinrichtungen gefördert werden. Schule muss Kindern und Jugendlichen den Raum bieten, sich die Kompetenzen, Fähigkeiten und das Wissen aneignen zu können, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes Mitglied der Gesellschaft zu werden. An vielen Stellen wird gegenwärtig deutlich, wie dringend wir als Gesellschaft und funktionierende Demokratie auf selbstsichere Demokrat*innen angewiesen sind.

Bildung lebt von Diversität. Schülerinnen und Schüler mit den unterschiedlichsten Interessen und Fähigkeiten profitieren voneinander. Für uns steht fest, dass längeres gemeinsames Lernen positive Effekte auf die Entwicklung der Leistungen und Kompetenzen aller Kinder hat. Es ist uns daher weiterhin ein Anliegen, die frühzeitige Selektierung im Schulsystem durch die Einführung einer Gemeinschaftsschule zu verhindern. Es gilt die Phase der Modellprojekte zu verlassen und verbindlich langes gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Dabei ist für uns klar, dass eine Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 inklusiv ist und als Ganztagschule konzipiert wird, mit niedrigeren Klassenteilern sowie verstärkter Betreuung durch zusätzliches unterstützendes Personal. Sie bietet so den idealen Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Jugendlichen – egal ob sich berufliche oder akademische Bildung anschließen.

Den grundlegenden Wandel im sächsischen Bildungssystem werden wir nur gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrern erreichen. Aber auch Interessenvertretungen von Kommunen und Wirtschaft, die Gewerkschaften und Sozialverbände müssen vom Konzept überzeugt sein, damit zum Gelingen beigetragen

Bildung und Erziehung

wird. Der Dialog ist daher unerlässlich: Der intensiven Debatte, um Vorbehalte abzubauen und für ein langes gemeinsames Lernen zu werben, stellen wir uns gemeinsam.

Noch immer ziehen sich die Gegner*innen der Gemeinschaftsschule hinter dem Begriff der Begabung zurück, demzufolge jedem Kind bereits in der vierten Klasse ein quasi natürlicher Weg vorherbestimmt ist. Diese Sicht auf Schule und Gesellschaft entstammt dem Ständewesen des 19. Jahrhunderts und ist nicht mit dem Anspruch auf Chancengleichheit und demokratischer Bildung vereinbar. Jedem Kind sollte zu jeder Zeit alle Bildungs- und Zukunftswege offenbleiben. Das geht am besten in einer Schule für Alle.

Die SPD steht wie keine andere Partei für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Derzeit beklagen wir alle, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet und sich gesellschaftliche Gruppen gegenseitig nicht mehr wahrnehmen. Dadurch geht der Respekt voreinander verloren. Daher wollen wir der Spaltung der Kinder und Jugendlichen in jene, die es auf das Gymnasium schaffen, und jenen, die in den Oberschulen verbleiben, entgegenwirken. Die Gemeinschaftsschule bringt die verschiedensten Milieus zueinander und leistet damit einen Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Bildung und Erziehung

Antrag: BE 06

Votum der Antragskommission: Diskussion; Anmerkung: Überschrift spiegelt inhaltliche Forderungen nur zum Teil wieder

Votum des Parteitags: mit Änderungen mehrheitlich angenommen

Thema:

Regelung zur ausschließlichen Verwendung von ökologischen Erzeugnissen in der Schulverpflegung an Schulen des Freistaats Sachsen

Wir fordern bei der Verpflegung an Schulen positive Anreize zu schaffen, sowohl für die Essenslieferanten, als auch die Schulen selbst, welche die Verwendung von ökologisch angebauten Erzeugnissen fördert und begünstigt. Diese ökologischen Erzeugnisse müssen nach der Europäischen Öko-Verordnung gekennzeichnet sein. Damit wichtige Nährstoffe im Essen nicht verloren gehen, sollen die Mahlzeiten möglichst zeitnah zum Verzehr zubereitet werden. Daher dürfen keine Caterer gewählt werden, deren Standorte mehr als 20 Kilometer von der jeweiligen Einrichtung entfernt liegen. Lange Transportwege sind überdies ökologisch unverhältnismäßig.

Wir fordern darüber hinaus, dass Schulen darauf achten, dass ihr Angebot ausgewogen ist. Das heißt für uns, dass sich die Schulen nicht darauf ausruhen dürfen, dass die verwendeten Produkte aus biologischem Anbau sind, sondern darauf zu achten, eine Vielfalt an gesunden Gerichten - auch vegane und vegetarische anzubieten. Dadurch können die Schulen ein Vorbild für die eigene Ernährung der Schüler*innen im privaten Umfeld sein und einen verantwortungsvollen Konsum vorleben.

SPD-Landesverband Sachsen
außerordentlicher Landesparteitag 2017

21. Oktober 2017
Neukieritzsch

Wirtschaft, Arbeit, Finanzen

Antrag: WA 01
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mit Änderung einstimmig angenommen

Thema:

Forschung und Entwicklung zu und für die Digitalisierung – Mit HUBs und Kompetenzzentren Innovationen und Innovatoren voranbringen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, die SPD-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag sowie die SPD-Staatsminister*innen weiterleiten:

Digitalisierung verändert die sächsische Wirtschaft und Arbeitswelt

In Sachsen hat sich seit einigen Jahren eine innovative und kreative Softwareindustrie entwickelt, die sich durch hohes Wachstum und eine stetig wachsende Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszeichnet. Mindestens 24.000 Menschen arbeiten in diesem Bereich. Er stellt damit knapp Zweidrittel der IKT-Firmen in Sachsen und ca. 40% der dort Beschäftigten. Sie entwickeln innovative Apps, beraten Firmenkunden bei der Umsetzung von IT-Projekten, bieten Plattformen für Weiterbildung oder stellen Technologien zur Verfügung, mit denen Dienstleistungen in die Cloud verlagert werden können.

Dies verändert auch die Arbeitswelt und die Wettbewerbsbedingungen grundlegend.

Wir wollen ein Umfeld, in dem Unternehmensgründungen Alltag sind

Über unsere Gründerzentren mit entsprechenden Beratungsangeboten, eine breite Gründer- und Technologieförderung, hochschulnahe Gründerinitiativen, die zentrale Innovationsplattform futureSax oder Wettbewerbe wie den IQ Innovationspreis Mitteldeutschland oder den Sächsischen Staatspreis für Design wird dieses Umfeld bereits jetzt politisch befördert und finanziell unterstützt.

Sachsen ist zudem durch seine gut ausgebaute Hochschul- und Forschungslandschaft führend in vielen Wissenschaftsgebieten und entwickelt Spitzentechnologien. Mit Hubs und hochschulnahen Gründerzentren als Katalysatoren und Beschleuniger von Unternehmensgründungen wollen wir dieses Potential noch stärker als bisher heben. Hier kann Wissenstransfer aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen befördert werden und findet die Vernetzung von innovativen und risikobereiten Akteuren statt, die aus Ideen neue Produkten und Dienstleistungen für das digitale Zeitalter entstehen lassen.

Auf Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums und mit Unterstützung der Landesregierung sowie Kommunen ist in Chemnitz das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum entstanden und entsteht der „Smart Systems & Smart Infrastructure Hub“ in Dresden und Leipzig.

Das Smart Systems-Konzept in Dresden mit seiner Zielstellung „Enabling Internet of Things (IoT)“ bündelt Kompetenzen, um Innovationen im Bereich des Internets der Dinge auszubauen. Der Hub soll gezielt die Vernetzung mit großen Anwendern in- und

Wirtschaft, Arbeit, Finanzen

außerhalb Sachsens anregen und die Sichtbarkeit von IoT-Schlüssel-Technologien, Produkten und Services (Smart Systems) erhöhen.

In Leipzig soll ein digitales Kompetenzzentrum für Energiewirtschaft und intelligente Städte („Smart Cities“) entstehen, dass die intelligente Vernetzung und Digitalisierung von Prozessen und Infrastruktur innerhalb einer Stadt erforscht und ausbaut.

Diese Strukturen gilt es nachhaltig zu stärken und durch das Land zu fördern, damit in Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat Zentren der Digitalisierung mit nationaler und internationaler Strahlkraft entstehen.

Wir brauchen mehr kreative Menschen, die vernetzt arbeiten

In Sachsen entwickelt sich inzwischen eine aktive Start-up-Szene, die an den Hochschulstandorten bereits gute Bedingungen vorfindet. Dazu gehören neue Formen von Zusammenarbeit wie Coworking-Spaces, Bar-Camps oder Gründerschmieden, in denen digitale Dienstleistungen, Werkzeuge wie Apps und Plattformen entwickelt werden. Hier ergreifen Gründerinnen und Gründer die Chancen der Digitalisierung und machen sie zugleich für breite Teile des unternehmerischen Mittelstandes zugänglich.

In diesem Bereich werden dringend Fachkräfte und angepasste Dienstleistungen gebraucht. Trotz der hohen Nachfrage gibt es aber auch hier Menschen, die als Soloselbstständige und Freiberuflerinnen am unteren Ende der Lohnskala stehen und ihren Lebensunterhalt nur bestreiten können, weil der Grad an Selbstaussbeutung sehr hoch ist.

Wir wollen verhindern, dass diese Vorreiter der neuen vernetzten Arbeitswelt ihre Arbeitskraft und Dienstleistungen wie Tagelöhner im Netz für den günstigsten Preis anbieten müssen.

Wir wollen Netzwerke in den Regionen stärken und mit Beratung - wie aus dem Chemnitzer Mittelstandszentrum 4.0 - Unternehmen und Selbstständige besser bei Prozessen der Digitalisierung begleiten.

Wir wollen die Förderung von Innovatoren zielgenauerer stärken. Dazu sollen die neuen Förder-Programme InnoExpert und Transferassistent in allen Regionen zur Verfügung stehen und im Sinne eines erweiterten Innovationsbegriffes für weitere Zielgruppen geöffnet werden.

Soft- und Hardwareforschung als Basis der digitalen Wirtschaft

Sachsen hat im Bereich Digitalisierung, Hard- und Software bereits jetzt einzigartige Standortvorteile, wie z.B. eine hochmoderne Chip-Produktion, eine wachsende Softwarebranche oder eine dazu passende exzellente Forschungslandschaft.

An allen sächsischen Universitäten gibt es gut ausgebaute Institute für Informatik, die zum Teil bereits auf den Schnittstellen von Kommunikations-, Wirtschaftswissenschaften und Naturwissenschaften forschen und lehren. Damit wird auch der notwendige Nachwuchs für diesen Bereich in Sachsen ausgebildet.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	

Diese Vorteile wollen wir stärker nutzen. Mit der Gründung des DLR-Softwareforschungsinstitutes ist nicht nur ein Punkt des Koalitionsvertrages erfüllt worden. In Dresden wird mit 7,5 Millionen Euro Bundesförderung und dem strategischen Partner Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als Trägerorganisation die angewandte Softwareforschung in der Luftfahrt vorangebracht. In Leipzig soll mit Unterstützung des Landes und in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Partnern ein weiteres Zentrum entstehen, das den sicheren und wertbewussten Umgang mit Daten erforscht und die Erkenntnisse für das digitale Wirtschaften aufbereitet.

Darüber hinaus wollen wir Software-Entwickler in Sachsen besser unterstützen. Insbesondere Initiativen für und zu Open Educational Resources, zur touristischen oder musealen Erschließung von sächsischen Kultur- und Wissensbeständen wollen wir fördern. Dazu gehört auch die Pflege und Archivierung des audiovisuellen Erbes in der digitalen Welt.

Mobilität und Energie

Antrag: ME 01
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema: Intelligent, vernetzt und innovativ: Elektromobilität in Sachsen fördern

Der motorisierte Verkehr hat eine hohe Klima- und Energierelevanz und soll zukünftig von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Durch die Verwendung von Elektro- statt Verbrennungsmotoren kann die Energieeffizienz des Verkehrs deutlich erhöht werden. Wir unterstützen den Ausbau der notwendigen Ladestelleninfrastruktur. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf Automobile konzentrieren. Auch der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss weiter ausgebaut werden, denn dort findet die Elektromobilität bereits statt. Wir setzen uns darum dafür ein, dass die Förderung für den öffentlichen Personennahverkehr, d. h. Busse und Straßenbahnen, weiterhin auf höchstem Niveau fortgeführt wird. Dazu streben wir eine erhebliche Steigerung der jetzigen Fördersummen an.

Darüber hinaus wollen wir die Zugänge zu Jobtickets erleichtern und zusätzliche Anreize für eine weitere Verbreitung von Job-Tickets schaffen. Ein Jobticket ist ein bewährtes und attraktives Instrument, um für den Arbeitsweg den Nahverkehr zu günstigen Preisen zu nutzen. Das verringert das Verkehrsaufkommen und schont die Umwelt.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist es notwendig:

1. Eigene Strategie zu entwickeln, die notwendige Maßnahmen beschreibt um sie schrittweise umzusetzen.
2. Sachsen muss sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter zu verbessern und durch Förderprogramme des Bundes sowie durch eigene Initiativen die Anzahl der Ladesäulen in Sachsen signifikant zu erhöhen.
3. Der Transformationsprozess der sächsischen Wirtschaft muss aktiv begleitet werden und dabei der Forschung, Entwicklung und Produktion von Batterie- und Speicherlösungen sowie neuen digitalen Geschäftsmodellen im Mobilitätsbereich besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. In Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Automobilzulieferindustrie muss dafür Sorge getragen werden, dass auch künftig große Teile der Wertschöpfungsprozesse in Sachsen erhalten bleiben und damit die Beschäftigungschancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft gesichert sind.
5. Die Implementierung der Elektromobilität im Güterverkehr ist weiter voranzutreiben und dabei Wirtschaft und Kommunen bei der Entwicklung von City-Logistik-Konzepten zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit des innerstädtischen Güterverkehrs, auch über den Einsatz von Fahrzeugen mit Elektro-antrieb „auf der letzten Meile“, zu unterstützen.
6. Die Elektrifizierung des ÖPNV in Sachsen ist weiter voranzutreiben und dabei neben der weiteren Förderung der schienengebundenen Elektromobilität auch die Einführung von vollelektrischen Buslinien aktiv zu begleiten.

Mobilität und Energie

Antrag: ME 03
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema:

Klima- und Energiepolitik muss ein zentrales Handlungsfeld für die sächsische SPD und die sächsische Landespolitik werden!

Wir sind der globalen und langfristigen sozialen Gerechtigkeit und den kommenden Generationen gegenüber verpflichtet, darum muss Klima- und Energiepolitik ein zentrales Handlungsfeld für die sächsische SPD und die sächsische Landespolitik werden!

Deshalb fordern wir die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand zur Umsetzung folgender Punkte auf:

1. Sachsen braucht mehr Erneuerbare Energien!

Die Bedeutung fossiler Energieträger für die Verstromung wird auch in Sachsen abnehmen und der Strom aus erneuerbaren Energien an Bedeutung gewinnen. Durch die zukünftig verstärkte Kopplung zwischen Strom-, Wärme- und Verkehrssektor wird der Bedarf an elektrischer Energie sogar deutlich steigen, auch wenn durch notwendige Effizienzsteigerungen einiges ausgeglichen wird. Insgesamt werden wir daher in Zukunft wesentlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien benötigen als heute. Deshalb müssen wir diese in Sachsen stark ausbauen und dafür jetzt die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

2. Die Zeit wird knapp: Unser CO₂-Budget ist bald aufgebraucht!

Unser Ziel ist es, CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Auf der Grundlage des für Sachsen zu ermittelnden CO₂-Restbudgets sind zeitlich gestufte Strategien zu erarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

3. Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Finanzwirtschaft für die Energiewende begeistern!

Die Energiewende gelingt nur gemeinsam. Deshalb müssen wir die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen steigern. Um dies zu erreichen, müssen wir neue Formen der Bürgerbeteiligung etablieren und öffentlichkeitswirksam für die Energiewende werben. Wir wollen den Menschen zeigen, dass sie direkt von der Umstellung unserer Energieversorgung profitieren, dadurch neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen und die Lebensqualität steigt.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Mobilität und Energie

Antrag: ME 04 Votum der Antragskommission: Diskussion Votum des Parteitags: einstimmig angenommen
--

Thema: ÖPNV und Regionalverkehr attraktiver machen

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, mehr Landes- und Bundesmittel in die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Regionalverkehrs einzustellen, um die Attraktivität durch Ausbau der Leistung und stabile Preise zu steigern. Dies stärkt die Stadt-Umland-Beziehungen und lässt so nicht nur die großen Zentren vom Wachstum profitieren, sondern auch kleine und mittelgroße. Zudem verfolgt die SPD Sachsen damit das Ziel, mehr Menschen dazu zu bringen, das eigene Auto stehen zu lassen und öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Das verringert nicht nur die Abnutzung öffentlicher Straßen und reduziert Pendelkosten, sondern verbessert Lebensqualität, Gesundheit und Umwelt vor Ort durch Reduzierung verstopfter Straßen, Reduzierung von Lärm und Stress.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Mobilität und Energie

Antrag: ME 05

Votum der Antragskommission: Diskussion; Anregung: Beschlusstext und Begründung trennen
--

Votum des Parteitags: mit Änderung einstimmig angenommen

Thema:

Das Bildungsticket muss kommen – der ÖPNV-Flickenteppich kann verschwinden

Wir fordern die sächsische Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen auf, die Entwicklung eines sachsenweit gültigen und kostengünstigen Bildungstickets für junge Menschen entsprechend des Koalitionsvertrages unverzüglich voranzutreiben und noch vor der nächsten Landtagswahl im Jahr 2019 flächendeckend umzusetzen. Der ÖPNV in Sachsen entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern wird ganz maßgeblich durch Mittel des Bundes und des Freistaats finanziert. Daher obliegt es auch dem Freistaat eine sinnvolle Organisationsstruktur zu entwickeln, die auch die politischen Ziele eines Koalitionsvertrags sinnvoll umsetzen kann. Die ÖPNV-Strategiekommission des Freistaats sollte entsprechende Vorschläge entwickeln.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
--	-----------------------------------

Mobilität und Energie

Antrag: ME 06

Votum der Antragskommission: Diskussion
--

Votum des Parteitags: mit Änderungen mehrheitlich angenommen

Thema: Eine bessere Radverkehrsinfrastruktur für Sachsen

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, die sächsische Radverkehrsinfrastruktur zu stärken. Vier geplante Radschnellwege sind nicht genug für ein Land wie Sachsen.

Die SPD Sachsen verfolgt einen vorausschauenden Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur im Freistaat. Ziel ist es, den Bedürfnissen der NutzerInnen gerecht zu werden. Daher muss beim Ausbau des Netzes auf genügend Abstellanlagen geachtet werden, deren Beschaffenheit sich nach den Bedürfnissen der NutzerInnen zu orientieren hat.

Dabei sollte auch die Möglichkeit geschaffen werden, Radmobilität intermodal mit anderen Mobilitätsformen zu verknüpfen. Hierbei müssen bedarfsgerechte Mobilitätsknotenpunkte ausgebaut werden, die den Ansprüchen der NutzerInnen entsprechen, indem z.B. Abstellanlagen und Serviceeinrichtungen an Bahnhöfen eingerichtet werden, um die Kombination Fahrrad und Bahn für PendlerInnen ebenso wie für Fernreisende attraktiver zu machen.

Eine finanzielle und ideelle Förderung bei Planung und Umsetzung von lokalen und überregionalen Radwegen muss stärker forciert werden. Dies sollte nach einheitlichen Qualitätsstandards erfolgen. Um dies zu ermöglichen muss der Freistaat Sachsen mehr Verantwortung übernehmen. Die Kommunen können einen einheitlichen Ausbau mit ähnlichen Standards nur schwer allein stemmen.

Eine gute Fahrradinfrastruktur muss auch EinsteigerInnen zum Radfahren einladen und für Familien mit Kindern, ältere oder unsichere Menschen gleichermaßen komfortabel nutzbar sein. Radverkehrsanlagen müssen außerdem dem wachsenden Bedarf und der zunehmenden Produktvielfalt durch Pedelecs, Lastenräder, Fahrradanhänger etc. angepasst werden.

Initiativantrag

Initiativantrag 01
Votum des Parteitages: mit Änderungen einstimmig angenommen

Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl hat die politische Landschaft Sachsen verändert. Der angekündigte Rücktritt von Stanislaw Tillich ist das Eingeständnis dafür, dass die CDU in zentralen Bereichen jahrelang die falsche Politik gemacht hat. Der damit verbundene Vertrauensverlust in demokratische Politik belastet das Land schwer.

Das Schuldeingeständnis der CDU darf uns über eins nicht hinwegtäuschen: Auch wir haben diese Bundestagswahl deutlich verloren. Wie alle anderen Landesverbände der SPD mussten wir auch in Sachsen feststellen: Bei den Bundestagswahlen 2017 haben wir faktisch nur noch jene erreicht, die als unsere treuesten Wählerinnen und Wähler gelten können. Hier unterscheidet sich Nordrhein-Westfalen nicht von Sachsen und nicht von Brandenburg.

Der Blick auf unsere Nachbarn zeigt, dass sich die europäische Sozialdemokratie insgesamt in einer existenziellen Krise befindet. Einfache, schnelle Lösungen werden hier nicht helfen. Zugleich zeigten die Umfrageergebnisse vom Beginn des Jahres, dass die SPD weiter auf 30 Prozent der Stimmen kommen kann.

Wir haben faktisch an alle Parteien Wählerinnen und Wähler verloren. Und für uns in Sachsen stellen sich wichtige Fragen: Wie können wir unsere Themen besser an die Wählerinnen und Wähler bringen? Welche Sprache müssen wir wählen? Wie bleiben wir trotz Großer Koalition als sozialdemokratische Alternative erkennbar? Wie können unsere Spitzenleute noch bekannter und präsenter werden? Wie können wir unsere Mitgliedschaft besser mobilisieren? Auch hier gilt: Einfache, schnelle Lösungen sind nicht zu haben. Denn die Ausgangslage ist durchaus komplex.

Das Ergebnis einer neuen Studie zeigt deutlich eine neue Konfliktlinie in der Demokratie: „Modernisierungsbefürworter“ und „Modernisierungsskeptiker“ unterscheiden sich deutlich in ihrer Wahlentscheidung. Letztere wählten überdurchschnittlich oft die AfD. Es war ein Fehler, die AfD in der Schlussphase des Wahlkampfs zum Dauerthema zu machen – gerade in Ostdeutschland hat dies das Gegenteil von dem erreicht, was es erreichen sollte. Die Wahl war schließlich auch eine Protestwahl – und außer der AfD war keine andere Partei Träger dieses Protests.

Diese Protestwähler sind teilweise von der Politik der Großen Koalition enttäuscht und von der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung verunsichert. Besonders in den ostdeutschen Ländern mit geringer Tarifbindung haben Arbeitnehmer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen vom Wirtschaftswachstum nicht profitiert. Der Niedriglohnsektor wurde unter der CDU-Regentschaft ausgebaut, was zu Armutsrisiko im Alter geführt hat. Viele Menschen erlebten die Abwertung ihrer Qualifikationen durch Rationalisierungen, Ausgliederungen oder Arbeitsplatzverlust.

Initiativantrag

Wir müssen genau untersuchen, welche Motive die SPD auf 30 Prozent in den Umfragen brachte und welche uns am 24. September schließlich trotzdem schwach abschneiden ließen.

Chancen

Gleichzeitig eröffnet diese Wahl neue Möglichkeiten für die Sozialdemokratie: Es wird wieder über soziale Gerechtigkeitsprobleme gesprochen, die es bei der Rente, bei Löhnen oder mangelnden Aufstiegschancen seit langem gibt. Spätestens jetzt wird gerade in Sachsen vielen deutlich, dass der Staatsabbau vergangener Jahre ein Fehler war. Dass die CDU-geführten Landesregierungen in Bildung, Sicherheit, Soziales und einen handlungsfähigen Staat hätten investieren müssen, bevor man Kürzungen und Schuldenabbau ohne Rücksicht auf Verluste vorantreibt. Die Dominanz der CDU zerbröckelt. Kürzungsstrategien, Niedriglohnpolitik und eine Entpolitisierung der sächsischen Bevölkerung haben an Legitimation verloren. Mehr noch: Sie haben dem Land massiven Schaden zugefügt. Der Lehrermangel ist ebenso ein Ausdruck dessen wie die große gesellschaftliche Spaltung und die Erosion der politischen Kultur, die wir besonders in Sachsen beobachten.

Die Herausforderung besteht für uns dabei darin, dass wir die Modernisierungsbefürworter genauso begeistern, für ein gerechtes anständiges und innovatives Sachsen einzutreten, wie wir zugleich die Interessen, Hoffnungen und Probleme der Modernisierungsskeptiker offen ansprechen und Lösungen entwickeln. Beiden Gruppen müssen wir eine klare Botschaft der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherung von gut bezahlten und abgesicherten Arbeitsplätzen vermitteln.

Die Lösung dieser Aufgaben beinhaltet die Existenzfrage der SPD im Bund. Sie ist auch eine der zentralen Herausforderungen der SPD Sachsen. Hier sind wir als im Freistaat thematisch in der Vergangenheit schon einige wichtige Schritte vorangekommen. Wir haben seit den letzten Landtagswahlen wichtige Themenschwerpunkte und Strategien erarbeitet und auch auf Bundesebene Wirkung entfaltet. Es war die SPD Sachsen, die zentrale Themen für Ostdeutschland in diesem Bundestagswahlkampf gesetzt hat und damit die bundespolitische Agenda mitbestimmt hat:

- Wir haben dafür gesorgt, dass der Gerechtigkeitsfonds für jene Gruppen ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen wurde, die durch politische Entscheidungen einen Teil der in der DDR erworbenen (Betriebs-)Rentenansprüche verloren haben – wie etwa die ehemaligen Reichsbahner, die in der DDR geschiedenen Frauen oder die Bergarbeiter in der Braunkohleveredlung.
- Uns ist es gelungen, das Thema „Anerkennung der Lebensleistung der ostdeutschen Aufbaugeneration nach 1989“ zu setzen.
- Wir haben das Thema der „Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten der Nachwendzeit“ zum Thema gemacht.

Auf Sachsebene haben wir genau die Themen identifiziert und bearbeitet, die in großen Teilen die beschriebenen Probleme und Herausforderungen angehen.

Initiativantrag

- Wir haben durch den Leitantrag zum „handlungsfähigen Staat“ und mit unserer aktuellen Regierungspolitik eine Politik beschrieben und in Teilen umgesetzt, die deutlich macht, dass die Bereiche Bildung, Sicherheit, Verkehr, Demokratie und Soziales keine Felder des Personalabbaus und von Sparzielen sind. Im Gegenteil, wir haben einen großen Teil unserer Kraft dafür eingesetzt, dass genau die Ressourcen bereitgestellt werden, damit der Staat für die Menschen in unserem Land künftig wieder vernünftig funktioniert.
- Wir beginnen mit dem Leitantrag „Anerkennung und Chancengleichheit“ eine Debatte, die zentrale Zukunftsthemen aufgreift. Es geht um die einfache Wahrheit: Wir brauchen jede und jeden in Sachsen. Dazu brauchen wir mehr Chancengleichheit in Sachsen. Und wir wollen, dass die Lebensleistung der Menschen – durch die Sachsen zu jenem lebenswerten Bundesland wurde, das es ist – besser wertgeschätzt werden.

In der Staatsregierung war es die SPD, die im Koalitionsvertrag und seiner späteren Umsetzung gegen heftige Widerstände der CDU und des Finanzministeriums – und bisweilen ohne klare Unterstützung aus der Staatskanzlei – den Umschwung beispielsweise bei Polizei, den Lehrerinnen und Lehrern eingeleitet oder den Hochschulen hat.

Die Menschen in Sachsen wollen, dass ihr Staat funktioniert. Aber das tat er an vielen Stellen eben nicht. Es ist mittlerweile in der Bevölkerung angekommen, dass diese Probleme Folge eines falschen Kürzungsprogramms von CDU und FDP aus dem Jahr 2011 sind. Diese verfolgten blindlings den Plan vom neoliberalen „schlanken Staat“ und bekam dafür Mehrheiten bei Wahlen. Wir haben schon damals die Gegenposition vertreten und davor gewarnt, den Staat kaputt zu sparen. Sparen allein ist kein Politikkonzept. Ebenso wenig reicht es aus, nur auf Investitionen zu setzen und Menschen in Schulen, Hochschulen, Polizei oder Verwaltungen nur noch als einzusparenden Kostenfaktor zu betrachten, wie es die CDU seit mehr als zwei Jahrzehnten zum politischen Programm erklärt hat. Wir wissen allerdings auch, dass das Kind mittlerweile in den Brunnen gefallen ist. Wir schaffen es gerade mühsam, es dort wieder herauszuholen: Lehrermangel, das Gefühl mangelnder Sicherheit, das Gefühl des Abgehängtseins im ländlichen Raum oder manchen Stadtvierteln oder auch der Rückstand beim Breitband-ausbau sind die schwierigen Folgen, die wir angehen wollen.

Wir müssen uns daher nichts vormachen: Auch wenn wir derzeit aktiv dabei sind, die Fehler der Kürzungsorgie unter Führung der CDU zu reparieren, werden wir 2019 in Mithaftung für deren fatale Folgen genommen werden. Gleichwohl haben wir 2014 Verantwortung übernommen und werden sie zum Wohle der Menschen in Sachsen tragen.

Was müssen wir nun tun?

Der Rücktritt von Stanislaw Tillich dokumentiert das Scheitern der alten CDU-Politik in Sachsen. Diese Politik, die maßgeblich auch die Regierungspolitik bestimmt, müssen wir ändern. Es geht dabei aber nicht um die eine oder die andere Maßnahme. Es geht um ein grundsätzliches Umsteuern in Sachsen. Wir brauchen eine neue politische Kultur, ein neues Denken, eine neue Haushalts- und Personalpolitik und eine andere

Initiativantrag

Herangehensweise an die Probleme in Sachsen. Das werden wir von einem Kandidaten auf das Amt des Ministerpräsidenten einfordern.

Unsere Unterstützung für den Kandidaten hängt auch davon ab, ob er gewillt ist die Abarbeitung des gegenwärtigen Koalitionsvertrages entschlossen voran zu treiben. Für uns gibt es keinen Automatismus. Im Gegenteil: Wer als Koalitionspartner so gravierende personelle Veränderungen mitträgt, muss dafür auch eigene Linien ziehen können. So ist nicht nur die Umsetzung bereits vereinbarter Projekte essentiell, sondern auch die Debatte über neue inzwischen aktuelle Problemlagen. Es muss dabei im Kern darum gehen, die Aufhebung der Sparpolitik, Niedriglohnpolitik, Entpolitisierung und den entschiedenen Kampf gegen Rechts(populismus) mit Investitionen und klarer Haltung zu unterfüttern. Die Mitglieder der SPD müssen in die Entscheidung, welche Bedingungen für eine weitere Koalition geschaffen werden, eingebunden sein.

Wir werden einfordern, die erforderlichen Maßnahmen anzugehen und der eindimensionalen Sparpolitik zu entsagen. Zu lange wurde dort zu langsam auf Schieflogen reagiert, die sich abzeichneten. Man hätte kreativ und unbürokratisch viele Ideen und Maßnahmen umsetzen können, um die Lage wenigstens zu lindern.

Wir werden einfordern, dass die ganze Staatsregierung nun offensiv für faire und ordentliche Löhne, für Tariflöhne und Mitbestimmung wirbt und so handelt. Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er Aufträge vergibt.

Wir werden prüfen, ob die CDU Sachsen aus ihren Fehlern in der Sozialpolitik gelernt hat. Wir wollen gemeinsam mit der CDU einen Bundesratsantrag stellen, um die Solidarrente zu erkämpfen. Das ist für den Osten ein zentrales Thema. Wir wollen die medizinische Versorgung und Pflege flächendeckend sichern, sowie den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in den wachsenden Metropolen stärken.

Wir brauchen eine echte Bildungsoffensive für mehr Chancengleichheit in Sachsen. Unsere Botschaft ist: Wir brauchen jede und jeden.

Wir wollen Sachsen weiter als „Innovationsschmiede“ ausbauen, um Arbeitsplätze bei uns zu sichern. Da wir beim Breitbandausbau weiter an Grenzen stoßen, weil in manchen Regionen der Markt versagt, müssen wir überlegen, ob wir noch stärker investieren. Hier fordern wir von der Bundesebene, den Eigenanteil der Kommunen noch einmal zu senken.

Der CDU muss klar sein, dass die bisherige Entpolitisierungs- und Entdemokratisierungs-Politik am Ende ist. Die vielbeschriebene „Politikverdrossenheit“ ist in Wahrheit oft eine Verwaltungsverdrossenheit. Bei der Digitalisierung von Verwaltungsstrukturen darf sich nicht nur an Vereinfachungs- und Sparpotenzialen orientiert werden. Denn solche Prozesse müssen für die Bürgerinnen und Bürger einen echten Mehrwert enthalten: In dem sie etwa auf dem Laufenden gehalten werden, in welchem Bearbeitungsstatus ihre Anliegen gerade vorliegen. Wir wollen die Bürokratie bei Förderverfahren soweit wie möglich abbauen, und endlich mehr Vertrauen in unsere Bürger haben. Hier kommt auch den Kommunen eine Schlüsselrolle zu: Ihre Handlungsspielräume müssen wir ausweiten, zum Beispiel mit höheren Pauschalzuweisungen. Denn unsere Kommunen sind keine reinen Verwaltungsorgane, sondern wichtige Gestalter unserer Gesellschaft.

Initiativantrag

Wir brauchen ein Bürger-Programm für mehr Bürgerbeteiligung sowie Kümmerer-Strukturen. Wir wollen eine Senkung der Quoren auf Landesebene für Volksbegehren auf fünf Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger; für Volksanträge auf ein Prozent. Die Angabe wollen wir in Prozent und nicht in absoluten Zahlen angeben, weil es sonst bei einem Rückgang der Bevölkerungszahl immer schwieriger würde, einen Volksantrag auf die Beine zu stellen. Wir wollen die direkte Demokratie auch qualitativ verbessern. Wir wollen Problemlösungs- und Kümmerer-Strukturen vor Ort stärken.

Ein ganz wesentlicher Baustein sollte dabei der gesamte Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. Die Fragen von politischer Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention, aber auch der demografischen Entwicklung und der Gleichstellungs- und Integrationspolitik gehören noch stärker mit einander abgestimmt und können nur gemeinsam zu einer neuen politischen Kultur führen.

Das wird nur gehen, wenn ...

... wir die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie die Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und damit die ganze kommunale Ebene ernst nehmen und wieder stärker an Landespolitik beteiligen. Das Verhältnis zu den Kommunen muss von Vertrauen und nicht von Kontrolle geprägt sein;

... wir die Fragen von Asyl, Aufenthalt, Unterbringung und sozialer sowie Arbeitsmarkt-Integration stärker miteinander verzahnen;

... wir dem Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von der Prävention bis zur Intervention entschlossen und abgestimmt entgegen - und zwar nicht nur mit verschiedenen Förderprogrammen, sondern auch mit einer klaren Haltung;

... wir die Aufarbeitung der spezifisch ostdeutschen Entwicklung der letzten 27 Jahre unter besonderer Berücksichtigung der persönlichen Umbrüche, Kränkungen schaffen und

... wir wieder lernen, besser zuzuhören.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu einer zentralen landespolitischen Frage der kommenden Jahre wird.

Eins ist dabei klar: Einen Rechtsruck wird es in der Politik der sächsischen Staatsregierung nicht geben. Dafür wird die SPD sorgen. Wir haben eine klare Haltung, die auch zukünftig sichtbar bleiben wird. Wir stehen weiter klar für das Recht auf Asyl und dem Schutz von Geflüchteten. In Koalitionsvertrag konnten wir viel im Bereich Integration erreichen. Wir werden auf die Umsetzung aller vereinbarten Punkte pochen und uns für weitere Integrationsmaßnahmen einsetzen. Wir müssen aber auch feststellen, dass jene, die keinen Anspruch haben, unser Land wieder verlassen müssen. Doch auch bei Abschiebungen gilt: Wir haben den einzelnen Menschen im Blick. Wir lehnen einen Wettbewerb um die meisten und rücksichtslosesten Abschiebungen ab. Es braucht mehr Menschlichkeit und Verständnis in den Härtefallkommissionen. Diese müssen zu Bastionen der Vernunft werden.

Gegen die kleine Minderheit der Mehrfachstraftäter unter den Geflüchteten wollen wir härter vorgehen. Wir werden nicht zulassen, dass echte Mehrfachkriminelle, bei denen Strafen oder Unterstützung durch Sozialarbeiter keine Wirkung zeigen, weiter das Bild aller Geflüchteten zerstören. Gleichzeitig wird die Politik der CDU völlig absurd, wenn gerade jene Geflüchteten abgeschoben werden, die gut integriert, eine Ausbildung

Initiativantrag

machen oder einen Job haben und deshalb besonders „leicht zu greifen“ sind. Diese Menschen sollten hierbleiben dürfen.

Es zeugt von politischer Verkommenheit, den durch die CDU vorgenommenen Personal-Abbau und die Sozialkürzungen der letzten Wahlperiode den Geflüchteten in die Schuhe zu schieben. Sollte die CDU der AfD noch weiter folgen und diesen Weg im Landtagswahlkampf weiter beschreiten, hat sie den Anspruch verloren, für die politische Mitte zu stehen.

Wie setzen wir es um?

Wir müssen ehrlich sein: Wir haben in Sachsen viele Themen und Inhalte besprochen und beschlossen. Wir müssen diese Themen aber noch besser „auf die Straße bringen“. Hier sind wir alle gefragt: Es muss die Aufgabe der gesamten Partei sein, unsere Botschaften auf den verschiedenen Ebenen weiter zu vertiefen, zu schärfen und besser zu vermitteln.

Wir werden auf Bundesebene – auch innerhalb der SPD – deutlicher als bisher die Stimme für den Osten erheben. Wir spielen hier als sächsische SPD bereits eine wichtige Rolle in den Debatten, haben aber im Bundestagswahlkampf damit bei der Bundespartei zu spät Gehör gefunden. Hier wollen wir besser werden. Gerade in den anstehenden Diskussionen über die Konsequenzen, inhaltlichen Neuausrichtungen und organisatorischen Folgen der Wahlniederlage der SPD wollen und müssen wir uns offensiv einbringen. Und auch in Sachsen werden wir die Wahlen weiter auswerten und die Ergebnisse der Auswertung in unsere zukünftige Arbeit einfließen lassen. Die nächsten Meilensteine dazu werden der Landesparteirat am 27. Oktober, ein Mitgliedertreffen zur Wahlauswertung am 29. Oktober und ein Treffen mit den BundestagskandidatInnen und deren WahlkampfleiterInnen am 10. November sein. Über das weitere Vorgehen wird der Landesvorstand befinden.

Darüber hinaus gibt es gerade mehrere Initiativen in der SPD, die Partei durchlässiger und offener zu machen. Diese Bemühungen sehen wir mit Wohlwollen und unterstützen sie grundsätzlich. Gerade mit Blick auf die vielen Neumitglieder, die sowohl Anfang 2017 als auch nach der Bundestagswahl zu uns gefunden haben, werden wir unsere Angebote für diese neuen Genossinnen und Genossen, aber auch die weitere Mitgliedschaft überprüfen. Dazu gehört auch eine Diskussion über eine bessere und unter mit Blick auf eine sehr schmale hauptamtliche Basis praktikable Form der Mitgliederbeteiligung.

Unser im Frühjahr vorgestellter „Sachsenplan“ hat vier wichtige inhaltliche Schwerpunkte, die nichts an ihrer Relevanz eingebüßt haben: eine Bildungsoffensive; die Stellung von Auszubildenden als spätere Fachkräfte; ein handlungsfähiger und starker Staat als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger; und die Entwicklung Sachsens zu einer „Innovationsschmiede“. Diesen Plan als eine Grundlage für das Regierungsprogramm zur nächsten Landtagswahl müssen wir weiter schärfen und detaillierter ausarbeiten. Im kommenden Jahr wird es deshalb intensive Arbeitsprozesse geben, die bis Ende 2018 mit Beteiligung aus der Partei und außerhalb der Partei ein Ergebnis präsentieren sollen. Ohne die Basis geht es nicht. Wir werden vielfältige Möglichkeiten schaffen, sich am Erarbeitungsprozess zu beteiligen. Grundlage für das Regierungsprogramm und die Weiterentwicklung des „Sachsenplan“ bildet die Beschlusslage der SPD Sachsen. Den Mitgliedern unserer Landtagsfraktion und den sächsischen Bundestagsabgeordneten wird

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
Initiativantrag	

dabei eine besonders wichtige Rolle zuteil: Sie sollen diesen Weg zum Regierungsprogramm mit organisieren. Aber wir alle müssen dabei helfen und haben eine Verantwortung, dass das gelingt: Abgeordnete genauso wie Funktionsträger und Funktionsträger ebenso wie Ehrenamtliche.

Im Jahr 2019 stehen uns mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen drei wichtige Wahlen bevor. Das wird eine große Herausforderung. Es geht um die Existenz der Sozialdemokratie. Diese zu Erfolgen werden zu lassen, werden wir nicht gegeneinander, sondern nur miteinander schaffen.

SPD-Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag 2017	21. Oktober 2017 Neukieritzsch
Antragsbereich	
Antrag: Initiativantrag 04 Votum des Parteitags: einstimmig angenommen	

**Thema: Erhalt des SIEMENS-Standortes und Sicherung von ca. 1.000
Arbeitsplätzen in Görlitz**

Der Landesparteitag der SPD Sachsen erwartet vom Unternehmen SIEMENS ein klares Bekenntnis zur Fortführung seines Standortes Görlitz und der damit verbundenen Sicherung von Arbeits - und Ausbildungsplätzen.

Wir bitten Bundes- und Landesregierung, sich in entsprechender Weise gegenüber SIEMENS für die Beschäftigten in Görlitz zu verwenden. Der Beschluss wird an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	

Antrag: WA 03

Votum der Antragskommission: Diskussion
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mit Änderung mehrheitlich angenommen
--

Thema: Eine stärkere Bindung der GRW-Förderrichtlinie an „gute Arbeit“

Die SPD Sachsen fordert eine stärkere Bindung der GRW-Förderrichtlinie an „gute Arbeit“.

Wir fordern, dass die Zuschuss-Förderrichtlinie des Freistaates zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur die Gewährung der Höchstförderung für Unternehmen, die Stammebelegschaften ohne Leiharbeit beschäftigen oder für tarifgebundene Unternehmen vorsieht.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	

Antrag: WA 04

Votum der Antragskommission: Diskussion
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mehrheitlich angenommen

Thema: Allgemeinverbindlichkeit von Tarifbindung erreichen

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass auf der Ebene der Länder, der Regionen (also mehrerer Bundesländer) und schließlich des Bundes schrittweise zum Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit von Tariflöhnen zurückgekehrt und die Tarifbindung in den Unternehmen gestärkt wird.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Mobilität und Energie	

Antrag: ME 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mit Änderung einstimmig angenommen
--

Thema:

Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Sachsen und Polen bzw. Sachsen und der Tschechischen Republik erweitern.

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die sozialdemokratischen Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament sollen darauf hinwirken, die Gültigkeit der Freifahrt mit einer gültigen Wertmarke zum Schwerbehindertenausweis lt. §§ 145 - 149 SGB IX im grenzüberschreitenden ÖPNV und SPNV zu ermöglichen.

Damit der Grundgedanke eines „gemeinsamen inklusiven Europas“ Wirklichkeit wird, sollten für Menschen mit Beeinträchtigungen aus unseren Nachbarländern zwischenstaatliche oder europäische Lösungen gefunden werden, damit auch diese kostenfrei den grenzüberschreitenden ÖPNV und SPNV nutzen können.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Mobilität und Energie	
Antrag: ME 07 Votum der Antragskommission: Diskussion Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat Votum des LPR: Überweisung an die Landtagsfraktion	

Thema: Modellstadt Leipzig im ÖPNV

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, Leipzig zu einer Modellstadt in Deutschland für den Test eines neuen Tarifsystems im innerstädtischen ÖPNV zu machen. Nach dem Modell der österreichischen Hauptstadt Wien soll eine Jahreskarte zum Preis von 365 Euro (also einem Euro pro Tag) eingeführt werden, um den ÖPNV extrem preiswert und daher wettbewerbsfähiger im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr zu machen. Die SPD Sachsen setzt sich dabei dafür ein, dass erforderliche Mehrausgaben aus europäischen, Bundes- und Landesmitteln getragen werden. Nach den Wiener Erfahrungen betrifft das nicht nur den Ausgleich für geringere Einnahmen aus dem Ticketverkauf, sondern auch zusätzliche Ausgaben für die Erweiterung der Fahrzeugflotten im ÖPNV: Wegen des deutlich günstigeren Preises für das Jahresticket stieg das Fahrgastaufkommen in Wien enorm an. Um das zu bewältigen, wurden neue Fahrzeuge angeschafft und die Taktung der Linien verstärkt. Auch das sorgte für eine weitere Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in Wien.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Gesundheit und Umwelt	

Antrag: GU 01

Votum der Antragskommission: Konsensliste
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mit Änderung mehrheitlich angenommen
--

Thema:

Bessere finanzielle und personelle Ausstattung und barrierefreie Zugänglichkeit von Beratungsstellen der Suchthilfe

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, dass die Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf erarbeitet, in dem vor allem die psychosoziale Betreuung von Menschen mit einer Suchtproblematik eine stärkere Bedeutung in der Gesundheitsversorgung erhält. Die Suchtberatungsstellen in den Kommunen benötigen dringend eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung. Gemeinden in denen es keine Anlaufstellen gibt, müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine solche einzurichten. Alle Einrichtungen müssen ausreichend qualifiziertes Personal, mit psychologischer oder sozialpädagogischer Ausbildung, erhalten. Darüber hinaus müssen diese Einrichtungen für jede Bürgerin und jeden Bürger erreichbar und zugänglich sowie mit ausreichend Sprechzeiten und Beratungsangeboten ausgestattet sein.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Gesundheit und Umwelt	

Antrag: GU 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mit Änderung einstimmig angenommen
--

Thema: Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten, dass die Betreuung sowie Behandlung der Kinder von Eltern, die die Diagnose einer Substanzstörung erfüllen, gestärkt wird. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass schon in der Schwangerschaft die Einbindung der Mütter in ein umfassendes Betreuungssystem gewährleistet sein muss. Die Betreuung sowie Behandlung dieser Kinder muss von der unmittelbaren Nachsorge im Anschluss an die Geburt bis ins Erwachsenenalter garantiert sein. Die unmittelbare Nachsorge nach der Geburt kann nur geschehen durch die zweckgebundene finanzielle und personelle Ausstattung der sächsischen Kliniken im Bereich der intensivmedizinischen und neonatalen Versorgung. Zudem müssen Vernetzungs- und Koordinierungsstellen zwischen den Kliniken, den Kommunen, den Kinder- und Jugendhilfe Einrichtungen, den Jugendämtern und den psychosozialen Beratungsstellen, sowie den Spezialambulanzen für Substanzstörungen, in Sachsen geschaffen werden. Eine barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit dieser Einrichtungen ist selbstverständlich.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Gesundheit und Umwelt	

Antrag: GU 04

Votum der Antragskommission: Konsensliste
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: Überweisung an die ASG
--

Thema:

Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten, mit dem Ziel die sozial-psychologische und psychiatrische Betreuung personell und finanziell deutlich zu verbessern. Die bestehenden Strukturen in Sachsen sind weiter auszubauen und besonders im ländlichen Raum zu entwickeln.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Gesundheit und Umwelt	

Antrag: GU 05 Votum der Antragskommission: erledigt mit Annahme GU 04 Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat Votum des LPR: Überweisung an die ASG

Thema:

Stärkung der sozial-psychologischen und psychiatrischen Betreuung in Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, dass die SPD-Sachsen sich dafür einsetzt, die sozial-psychologische und psychiatrische Betreuung personell und finanziell in Sachsen zu verbessern. Die bestehenden Strukturen sind weiter auszubauen und besonders im ländlichen Raum zu entwickeln.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Gesundheit und Umwelt	

Antrag: GU 06

Votum der Antragskommission: Diskussion
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mehrheitlich angenommen

Thema:

Biotope schützen - Anpassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes vornehmen

1. Die Landtagsfraktion wird beauftragt, sich für einen stärkeren Schutz der Natur einzusetzen und dazu eine Novellierung des SächsNatSchG anzuregen.
2. Bei dieser Novellierung soll der §21 SächsNatSchG den Regelungen des §30 BNatSchG angeglichen werden.
3. Analog zu §69 BNatSchG Abs. 3, Sätze 1,5 wird die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im §49 SächsNatSchG aufgenommen. Die Zuständigkeit dafür soll bei der Unteren Naturschutzbehörde liegen.

Staat und Gesellschaft

Antrag: SG 01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des Landesparteirates: Annahme

Antragsteller: SPD-Landesvorstand Sachsen

Thema: WLAN-Hotspots in öffentlichen Gebäuden

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie die SPD-Staatsminister*innen weiterleiten:

Wir fordern, dass alle öffentliche Institutionen des Freistaat Sachsen offene und kostenfreie WLAN-Hotspots zur Verfügung stellen. Einerseits ist dafür der Ausbau von WLAN-Hotspots in Sachsen stärker zu unterstützen.

Zudem kann und soll durch Nutzung bestehender Infrastruktur in öffentlichen Gebäuden eine **Verbreiterung des kostenfreien und barrierefreien Zuganges zum Internet für alle Sächsischen und Sachsen vorangetrieben werden.**

Begründung:

Bisher unterstützt der Freistaat die Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots an touristisch bedeutenden Punkten. Nachdem mit Beschluss des Bundestages die Störerhaftung weggefallen ist, ist der Weg frei geworden, dieses Angebot weiter auszubauen und hierbei auf die bestehende IT-Infrastruktur in öffentlichen Gebäuden zurück zu greifen. Bereits heute gibt es in vielen öffentlichen Gebäuden, die dem Freistaat Sachsen gehören und von ihm sowie seinen nachgeordneten Behörden und Einrichtungen genutzt werden, eine IT-Infrastruktur und gleichzeitig eine Anbindung an das Internet mit hohen Bandbreiten. Es sollte technisch kein Problem sein, über diese Infrastruktur – abgegrenzt vom Verwaltungsnetz – offenes WLAN anzubieten. Dies schafft zudem eine der Voraussetzungen die Nutzung von digitalen Dienstleistungen in der Verwaltung voranzubringen und zugleich die Digitalkompetenz in Behörden zu stärken. Es stellt einen merklichen Gewinn dar, ein umfassenderes WLAN-Netz aufzuspannen und somit offenen und kostenfreien Zugang zum Internet bereit zu stellen. Bei der Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente sowie Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie sollte diese Maßnahme Berücksichtigung finden.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Staat und Gesellschaft	

Antrag: SG 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste
--

Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat

Votum des LPR: mehrheitlich angenommen

Thema: Mehr Transparenz für Sachsen

Wir fordern die sächsische Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen auf, das im schwarzroten Koalitionsvertrag vorgesehene Informationsfreiheitsgesetz unverzüglich einzuführen. Bürgerinnen und Bürger müssen endlich auch im Freistaat einen grundsätzlichen Rechtsanspruch darauf haben, in erweiterter Maße Informationen über die Arbeit der Verwaltung zu erhalten. Dieses Informationsfreiheitsgesetz muss anschließend fortdauernd evaluiert und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen Schritt für Schritt zu einem Transparenzgesetz fortentwickelt werden. Dabei sollen Informationen von öffentlichem Interesse dann ohne vorherigen Antrag in geeigneter und für die Allgemeinheit verständlicher Form veröffentlicht werden. Dadurch kann auch die oft befürchtete Erhöhung des Verwaltungsaufwands durch massenhafte Auskunftsbefehle in überschaubaren Grenzen gehalten werden.

SPD-Landesverband Sachsen	27. Oktober 2017 Dresden
Antragsbereich	

Antrag: SG 03 Votum der Antragskommission: Diskussion Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat Votum des LPR: mit Änderungen

Thema: Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Die SPD in Sachsen setzt alles daran, auch über ihre Minister im Kabinett, dass Asylbewerber aus Afghanistan nicht abgeschoben werden. (Ausnahmen: sogenannte Gefährder).

Antrag: SG 06**Votum der Antragskommission: Diskussion; Anregung: Beschlusstext und Begründung trennen****Votum des Parteitags: Überweisung an den Landesparteirat****Votum des LPR: Überweisung an die Projektgruppe Digitales****Thema: Cyber Cyber**

Der SPD-Landesparteitag beschließt den nachstehenden Antrag und leitet ihn an den Bundesparteitag weiter:

Wir fordern die weltweite Gleichbehandlung von Daten bei der Übertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Dies erfordert eine europaweite Politik der völligen Netzneutralität. Alle Datenpakete müssen unabhängig von Sender, Empfänger und dem Inhalt der Pakete nach dem Best-Effort-Prinzip übertragen werden. Dies schließt insbesondere aus, dass bestimmte Dienste, wie Telefonate, bevorzugt und durch sogenanntes Zero-Rating bestimmte Dienste aus dem Datenvolumen ausgenommen.

Das Fehlen einer gesetzlichen Netzneutralität schafft Anreize für Netzbetreiber einzelne Datenpakete durch Deep-Package-Inspection zu analysieren. Die Motivation der Netzbetreiber liegt darin durch die Priorisierung von bestimmten Daten eine zusätzliche Monetarisierung ihrer Netze zu erreichen. Die dadurch gewonnenen Mehreinnahmen werden aber dem eigentlich benötigten Netzausbau auf Grund von den herrschenden Monopolstrukturen im Telekommunikationsmarkt nicht zu gut kommen.

Eine Steigerung der gesamten Netzqualität wird durch Investitionen in den Ausbau der Netzwerkinfrastruktur erreicht. Von daher fordern wir eine staatliche Subventionierung des flächendeckenden Netzausbaus. Ziel ist es alle Haushalte im Sinne von Fibre-To-The-Home synchron an das Glasfasernetz anzuschließen.

Neben dem Netzausbau ist die Schaffung eines Bewusstseins in der Bevölkerung zur Datensicherheit und die Unterstützung bei der Verschlüsselung ihres Datenverkehrs notwendig. Jegliche „Krypto-Verbote“ lehnen wir strikt ab.

Die Kontrolle des Netzes ist nicht Aufgabe der Provider!